permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NUMMER 22 / NOVEMBER 1978 / PREIS: S 5.-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD
3409

Der Nahe Osten nach Camp David
Der Imperialismus auf dem Vormarsch!

Sadats Beteuerungen - er strebe keinen Separatfrieden mit Israel an - wurden angesichts der Ergebnisse von Camp David als Manöver und Lügen entlarvt. Diese Ergebnisse bedeuten eine Stärkung des Imperialismus in der Region. Israel konnte das militärisch stärkste arabische Land - natürlich mit massiver amerikanischer Unterstützung - aus der Front herausbrechen (die letzten Verhandlungen besagen, daß die ägyptischen Truppen von der Front gegen Israel nach dem Westen verlegt werden - also offensichtlich eine permanente Bedrohung für Libyen darstellen sollen) und unterstützt die Reaktion im Libanon massiv mit Rüstungsgütern. Doch die imperialistische Befriedung des Nahen Ostens - die mit den Ergebnissen von Camp David einen weiteren Erfolg für sich verbuchen konnte - beruht auf einem nicht sehr stabilen Gleichgewicht.

FORTSETZUNG AUF SEITE 1o

Peru nach den Wahlen

Das von den bürgerlichen Massenmedien als 'sozialistisch' bezeichnete Militärregime kam in den letzten Monaten immer öfters ins Wanken. Streiks der Minenarbeiter und beträchtliche Wahlerfolge von linken Wahlbündnissen zeigen eine deutliche Verschiebung zuungunsten der Militärs an. Schweigen müssen wieder einmal die Stalinisten, deren Lobtiraden auf das Militärregime - welches angeblich eine 'Etappe' zum Sozialismus eröffnen sollte - noch in bester Erinnerung sind. In Wirklichkeit kann nur der Sturz der Militärregierung und der entschiedenste Kampf für demokratische Rechte den Weg zu einer sozialistischen Revolution in Peru öffnen. Der Erfolg eines sich auf den Trotzkismus berufenden Wahlbündnisses (12% der Stimmen) ist erfreulich, obwohl an der Politik dieses Bündnisses Kritik zu üben ist. Die Verantwortung dieser Genossen ist zu groß, als daß wir ihre Politik einfach kritiklos hinnehmen könnten.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Veranstaltungen der IKL

DIENSTAG, 31. OKTOBER:
AKW-BEWEGUNG UND VOLKSABSTIMMUNG

MITTWOCH, 8. NOVEMBER:
ZUR SITUATION IM IRAN

MITTWOCH, 22. NOVEMBER:
ZEHN JAHRE 'PRAGER FRÜHLING'

Die Veranstaltungen finden im Porrhaus, 1o4o Wien, Treitlstr.3 4. Stock/Saal 63 statt.

Beginn: 19 Uhr.

Inhalt

Wahlausgang in Wien........... 2

Faschismus in England......... 8

Terror-Urteile in Tunesien....1o

Gespräch mit einem iranischen Genossen (2. Teil)..........12

Kommentar zum Gespräch........14

Chile: 5 Jahre Konterrevolution ...16

Bahro-Kongreß in West-Berlin..2o

MIT BEILAGE:

Nein zu Zwentendorf! Boykott der Volksabstimmung!

Nach dem 8.Oktober

Unruhe in der SP

Die Wahlergebnisse entsprechen im Grossen und Ganzen jener Einschätzung, die wir in der letzten 'permanenten' gebracht hatten. In den Resultaten widerspiegeln sich vorwiegend zwei Tendenzen:

"DIE WER'N SCHON SEH'N...."

Der niedrigen Wahlbeteiligung von 71,4% entspricht eine massive Wahlenthaltung zuungunsten der SPÖ. Berücksichtigt man die geringere Wahlberechtigtenzahl von 44.000 gegenüber 1973, so waren es rund 70.000 ehemalige SPÖ-Wähler, die dieses Mal nicht wählen gegangen sind. Die markantesten Boykottziffern kommen aus den Arbeiterbezirken! Sie wandten sich damit weder entschieden von der SPÖ ab, noch der ÖVP oder FPÖ zu. Die 'Volkspartei' gewann in Wien bloss 1480 Stimmen. Bringt man wieder die 44.000 Stimmen weniger Wahlberechtigte in Rechnung, hätte sie 1973 vielleicht rund 14.000 Stimmen dazu bekommen. Ihre gewonnenen Stimmen gehen durchwegs auf Kosten der FPÖ. Ein Blick in die Arbeiterbezirke zeigt, dass die Arbeiter der ÖVP nicht auf den Leim gegangen sind: In Simmering etwa verlor die SPÖ rund 2.000, die ÖVP gewann nur 200 Stimmen. In Ottakring, Favoriten usw. ergibt sich ein ähnliches Bild.

Den Gratz, Scheuch und Kreisky war diesmal "sommerliches Wetter" und Ausflugsstimmung am Wahlsonntag als Erklärung für die SP-Verluste doch zu billig. Die 'AZ' sprach am Montag von "Unbehagen" in der SPÖ-Wählerschar, Kreisky belastete Gratz, zu wenig den Schein erweckt zu haben, dass die Skandale der letzten Zeit ausgebügelt worden sind. Der Gratz-Klüngel wiederum sieht in Androsch's Lebensstil, mit dem viele SP-Funktionäre unzufrieden sein sollen, eine Schuld für die Wahlniederlage. In diesen Erklärungsschemata blieben sie dann auch stecken.

Es war nicht nur die Alternativlosigkeit der KPÖ, die viele Arbeiter zum Boykott animiert hatte. Ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie hat sich zweifellos nicht qualitativ gewandelt, das Wahlergebnis in Wien ist keinesfalls eine linke Wegentwicklung dieser unzufriedenen Arbeiterschichten von der SPÖ. Diese Partei bleibt für sie noch immer ihr traditionelles Mittel gegen die Krise, wenn auch ein Mittel, mit dem sie unzufrieden sind, dem sie skeptisch gegenüberstehen, mit dem sie teilweise auch schon schlechte Erfahrungen gemacht haben und dem sie nun einen Denkzettel verpassen wollten. Passiver Unmut, leichtes Murren gegen "die" - doch nicht alleine wegen kommunaler Missstände, sondern sicherlich auch als Protest gegen die Regierungspolitik der SPÖ. 'Massnahmenpakete', Zustimmung zu Preiserhöhungen und die arbeiterfeindliche Haltung von SP-Betriebsräten haben da ihre Wirkung gezeigt. "Die wer'n schon seh'n" als Warnung an die SPÖ, den Kapitalisten, vor allem in Sachen Arbeitslosigkeit, nicht noch mehr nachzugeben. Das alles soll nicht heissen, dass einzelne Arbeiter nicht individuell Schlüsse aus der SPÖ-Politik gezogen, mit ihr gebrochen und deswegen boykottiert haben.

UMSCHICHTUNGEN IM BÜRGERLICHEN LAGER

Buseks Partei ist es gelungen, für bürgerliche Wählerschichten verstärkt eine Alternative abzugeben. Sein 'Flügel' in der ÖVP stand massiv hinter der Anti-Androsch-Kampagne und 'feuerte' auf die SPÖ, während er der FPÖ vorwarf, das bürgerliche Lager zu spalten. In der Steiermark zeichnete sich im Ansatz ebenfalls ein Trend nach rechts ab: Götz ist im Gegensatz zu Peter ein Vertreter 'antisozialistischer' Politik. Gegen die SPÖ versuchte er sich in den letzten Monaten zu profilieren. Hinter ihm und Busek stehen Konzepte jener Kapitalistenfraktionen, die dem wachsenden Konkurrenzdruck anders als die SPÖ begegnen wollen. Ihre Politik zielt auf den Abbau von Sozialleistungen, auf das Abgehen von 'künstlicher' Arbeitsplatzsicherung usw. Diese Ideologie hat doch im Ansatz Eingang in kleinbürgerliche und bürgerliche Bevölkerungsschichten gefunden, was neben regionalen Ursachen zweifellos mit ein wesentlicher Grund für die Abwanderungen im bürgerlichen Lager gewesen ist.

NEIN ZUR KPÖ!

Der Schwund der KPÖ ist noch stärker eingetroffen, als wir selbst vor der Wahl angenommen hatten. Sie verlor in Wien rund ein Drittel der Stimmen! Noch mehr wird ihre Alternativlosigkeit für unzufriedene Arbeiter durch die Tatsache unterstrichen, dass sie sowohl in der Steiermark als auch in Wien vorwiegend in Arbeiterbezirken abbaute. Wohlweislich verschweigt Franz Karger in der 'Volksstimme' (9. Oktober) diese Fakten, um lediglich festzustellen, dass ihr "jahrelanger, entschiedener (?) Kampf gegen die verfehlte Politik der Rathausmehrheit... nicht ausgereicht" hat. Ja, ja, die "Überalterung der Partei", die "nicht durch eine gleich grosse Anzahl junger Mitglieder wettgemacht werden" konnte u.a. waren schuld am Desaster und man werde, "mit mehr Kraft und Entschlossenheit" jene Voraussetzungen schaffen, damit sie wieder Fortschritte erzielt.

Als wie falsch hat sich da die Einschätzung der GRM herausgestellt, die in ihrem Wahlaufruf gemeint hatte, dass eine Stimme für die KPÖ eine positive Angelegenheit und zu begrüssen wäre! Viele Arbeiter haben zumindest nicht so gedacht. Die KPÖ ist eben in der Realität keine Partei gegen die Sozialpartnerschaft - auch im Betrieb nicht.

DIE VORAHNUNGEN DES GENOSSEN LINDNER

Auf der zentralen Wahlveranstaltung des KBÖ vor dem 8. Oktober gab es immer wieder recht schütteren aber doch verbissen intensiven Applaus. Der "Genosse Vorsitzende" ging hart mit sich und der Organisation ins Gericht. Nochmals wurde die 'subtile' Selbstkritik wiederholt, dass die "brennendsten Fragen der Arbeiterklasse" nicht so vom KB aufgeworfen worden wären, um die "einfachen Menschen" vom Sozialismus und der Kandidatur des KBÖ zu überzeugen. Deswegen wäre es nicht gelungen, in den Arbeiterbezirken zu kandidieren "Eine Niederlage...!" Dennoch gab es Lichtblicke im Wahlkampf, von denen dann der Genosse F. erzählte. Er erheiterte das Publikum mit seinen Abenteuern mit Busek auf einem Wiener Marktplatz, wo der ÖVP-Obmann nicht mehr auskonnte, von F. gestellt, sogar eine Unterschrift gegen Zwentendorf herausrücken musste.

220 - vorwiegend Studenten und Studentinnen aus den inneren Bezirken - haben den KB gewählt. Nicht mehr als jene, die sich ohnehin im Umkreis der Maoisten befinden. Da wurde nichts gewonnen. Diese Kandidatur ist in die Hosen gegangen, was kaum dazu angetan sein wird, den Schrumpfungsprozess des KBÖ zu stoppen.

Spendenkampagne

Beim letzten Herausgabetermin der 'permanenten revolution' betrug der gespendete Betrag etwas über S 7000.-.

In der Zwischenzeit ist dieser Betrag auf fast S 13.000.- angewachsen!

Auf unser Konto gingen annähernd S 1000.- ein (ein Genosse aus Frankreich spendete S 300.-) und unsere deutschen Genossen, spendeten an die S 1000.-. Wir möchten noch einmal allen Genossinnen und Genossen herzlichst danken, für die erwiesene praktische Solidarität, die es mit ermöglichte, den Schlag der Klassenjustiz zu mildern und unsere politische Arbeit nicht finanziell zu gefährden.

Danken möchten wir an dieser Stelle auch der GRM und dem Kommunistischen Bund (BRD). Beide Organisationen haben unsere Konto-Nr. in ihren Zeitungen veröffentlicht.

Die beiden Spendenkampagnen ergeben einen Betrag von etwa S 22.000.-

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Peru...

DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Die beständig anwachsende Auslandsverschuldung Perus hat heute ein Ausmass erreicht, das die Regierung zwingt, neue Kredite für die Tilgung und Zinszahlungen früherer Kredite, sowie für den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu verwenden. Für produktive Investitionen bleibt nichts übrig. Die Kreditgeber, vor allem der Internationale Währungsfond, knüpft seine Kredite jedoch an bestimmte Austeritätsprogramme, die seinen Einfluss im Lande unermesslich steigern. So forderte der IWF 1977 unter anderem:

- Sol-Abwertung um ca. 30%
- Inflationsbegrenzung 1977 auf 17% (1976 war die Inflationsrate 44,5%)
- Reduktion des Budgetdefizits auf 20 Mrd. Soles (statt 80 Mrd.) durch Reprivatisierung oder Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und Betriebe
- Streichung von Subventionen für Nahrungsmittel und Staatsunternehmen
- Einstellungsstopp, Preiserhöhungen
- Begrenzung von Lohn- und Gehaltserhöhungen auf 15%.

Die Abwertung der peruanischen Währung verursachte aber nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, einen Aufschwung der Exportgüterindustrie, denn die nennenswerten Exporte sind die Rohstoffe, die preislich von den internationalen Rohstoffbörsen abhängen. Erhöht wird das Sol-Einkommen des Staates, der als Exporteur von Zucker, Fischmehl und Bergbauprodukten fungiert, sowie des ausländischen privaten Bergbaues.

Klein- und Mittelbetriebe können sich bei den hohen Importpreisen und verteuerten Krediten keine Investitionen leisten und nehmen Zuflucht zu Entlassungen und Lohnabbau (oder fallen der übergrossen Konkurrenz zum Opfer).
Als besonders arbeitsintensive Betriebe verengen sie durch diese Massnahmen den für sie lebenswichtigen Binnenmarkt und verschärfen so ihre eigenen Absatzschwierigkeiten. Inflation, Lohnstopp und Preiserhöhungen reduzieren die Kaufkraft der Massen und die Monopole gehen aus diesem Prozess der Kapitalzentralisierung gestärkt hervor. Die Folgen sind Massenelend, von dem nicht nur die Bauern und Arbeiter, sondern auch die städtischen Mittelschichten bis zum kleinen, mittleren Industrie- und Handelskapitalisten betroffen sind. Dem steht die provokant üppige Lebensweise der Militärs gegenüber (ein Fähnrich verdient dreimal so viel wie ein Lehrer). Offiziere haben ihre eigenen, modernen Krankenhäuser, Peru hat pro Soldat die meisten Generäle der Welt mit der niedrigsten Pensionsgrenze und den vergleichsweise höchsten Pensionen. Korruption und Privilegien der Militärclique gehören zum Alltag des Landes.

DER GENERALSTREIK IM JULI 1977

Seit Jahren gibt es Widerstandsaktionen Am 19. Juli 1977 hatten sie ihren Höhepunkt erreicht, der in einem nationalen Generalstreik seinen Ausdruck fand (der erste Generalstreik in der Geschichte Perus).

Der Anlass war zwar das neue vom IWF vorgeschlagene Austeritätsprogramm, die Ursachen liegen aber weit zurück. Spontan, unkoordiniert und äusserst militant standen die Küsten- und Sierra-Städte gegen die Regierung auf.

Die immer wieder auftauchenden Parolen waren: Gegen Preiserhöhungen, Lohnstopps, Ausnahmezustand, Pressezensur, für Freiheit aller politischen Gefangenen und Rückkehr aller Deportierten.

Die 'Pobladores' (Bewohner der Randsiedlungen) waren in den meisten Fällen die Auslöser der Proteste. Die brutale Reaktion verstärkte die Solidaritätsbewegung und es kam zum Sturm auf öffentliche Gebäude. Massenverhaftungen und Razzien lösten neue Demonstrationen aus. In vielen Städten kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Zentralbank- und Transportministerium wurden von wütenden Demonstranten in der von Barrikaden paralysierten Stadt Cuzco besetzt. In den Industriestädten der nördlichen Küste sowie in den Minenzentren des Südens wurde der Kampf von den Industriegewerkschaften organisiert. Die volkswirtschaftlich und strategisch wichtigen Minen im Ausstand (sie liegen nahe der chilenischen Grenze) und die geschlossene, gutorganisierte Gewerkschaftskraft waren für die Regierung untragbar. Es kam zum "Extranotstand" und damit zur militärischen Besetzung dieser Region. Entlassungen und Vertreibung ganzer Familien waren die Folge. Die Verhaftungen betrafen weit über tausend Menschen.

Die Massenproteste brachten schliesslich den von der KP dominierten Allgemeinen Arbeiterverband (CGTP) unter Zugzwang, vor allem auch deshalb, weil die eigene Basis die "kritische" Unterstützung des Militärs durch die Gewerkschaftsbürokratie nicht länger duldete. Auch unabhängige Gewerkschaften übten Kritik und drängten auf ein Bündnis.
Besonders die CGTP-Gewerkschaft der Bankangestellten drängte auf Solidarisierung mit der Linken und dem Grubenarbeiterstreik. Sie kritisierte die CGTP-Führung, die die sich bildende Streikeinheitsfront durch einen Separatfrieden mit der Regierung zu gefährden drohte.

Das "Einheitskampfkommando" (Comands Unitare de Lucha) - CUL zentralisierte die kampfbereiten Gewerkschaften und Organisationen in einer gemeinsamen Gewerkschaftskonferenz. Fünf sich als marxistisch-leninistisch verstehende Organisationen schlossen sich dem CUL unter einer gemeinsamen Plattform an: Movimento Accion Proletarier (MAP), zwei oder drei Fraktionen des MIR und die Parteien Vanguardia Revolucionaria (Mehrheitsfraktion) und Partido Comunista Revolucionario (PCR). Keine dieser Gruppierungen konnte im Gewerkschaftsbündnis zu einer führenden Kraft werden.
Die vom CUL verabschiedete Plattform stellte neben den Forderungen: Für generelle Lohn- und Gehaltserhöhungen und für Preisstop bei Grundnahrungsmittel auch die Forderungen nach jährlichen Tarifverhandlungen ohne Begrenzungen nach voller Geltung der Arbeitsplatzgarantien, Wiedereinstellung aller Entlassenen, Freiheit bzw. Repatriierung aller wegen gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen Verhafteten und Deportierten und unbegrenzte Geltung aller demokratischen Freiheiten. Auch die Aufhebung der Agrarschulden war einer der Schwerpunkte.

Obwohl nur die grossen Gewerkschaftsverbände über feste Strukturen verfügten und es den Streikenden an Erfahrung, einheitlicher Führung und Geld mangelte, war der Streik dennoch ein Sieg. Der gemeinsame Kampf der Linken, der Arbeiter und Bauern, stärkte den Kampfgeist und ermöglichte eine Unzahl wichtiger Erfahrungen vor allem die des durchschlagenden Erfolges der Einheitsfront.



Streikende Minenarbeiter

Die Regierung wurde erst Herr der Lage, als die CGTP in typischer Manier die Gewalttätigkeiten einer "radikalen Minderheit" kritisierte und die Existenz des CUL bürokratisch für beendet erklärte.
Nach geltendem Recht waren die Unternehmer berechtigt, Gewerkschaftsführer, Aufwiegler und Organisatoren der Streiks fristlos zu entlassen, wovon sie auch reichlich Gebrauch machten.
Aber es gab auch Zugeständnisse. Alle während des Streiks Verhafteten wurden entlassen, der Ausnahmezustand wurde aufgehoben, Tarifautonomie und Streikrecht wurden gewährt.
Diese Zugeständnisse waren darauf ausgerichtet, den Streik sobald als möglich zu beenden und das demokratische Image des Regimes aufzupolieren.
Da die Regierung klar zu Zugeständnissen gezwungen wurde, kann man trotz der bald einsetzenden Zersplitterung der Linken, trotz Verhaftungen, Deportationen und Entlassungen der Streikenden von einem Erfolg des Generalstreiks sprechen. Ein nicht endender Aufschwung der Klassenkämpfe ganz allgemein zwang die Regierung, Wahlen zur Konstituante zuzulassen.

DIE WAHLEN ZUR VERFASSUNGSGEBENDEN VERSAMMLUNG

Der Versuch, einen zweiten Generalstreik am 20. September zu initiieren, schlug zwar fehl, doch die wiedererkämpften demokratischen Freiheiten boten grossen Raum für Propaganda und Agitation. Die ersten Abschwungtendenzen nach dem geglückten Generalstreik wurden sehr bald wieder durch grosse Einzelstreiks aufgehoben. Ein für Jänner 1978 geplanter neuerlicher Generalstreik von 48 Stunden wurde zwar vorerst durch die CGTP-Führung verhindert, die durch eine vorgetäuschte Kriegsgefahr mit Ecuador versuchte, die zunehmenden Klassenkämpfe abzuwiegeln, doch unter dem Druck der CUL-Organisationen und der eigenen Basis wurde sie schliesslich doch gezwungen, im Februar 1978 den Streik durchzuführen, der wieder von einer starken gewerkschaftlichen Einheitsfront getragen wurde.
Rechte Militärs machten sich für einen "chilenischen Weg" stark, der als einzige Lösung aus der verfahrenen Situation angesehen wurde.

Auf der anderen Seite wurden die seit Jahren toten bürgerlichen Parteien im Sog des Liberalisierungsprozesses während der Wahlkampagne für die verfassungsgebende Versammlung zu neuem Leben erweckt. Es ging ja um zu erwartende neue Pfründe, die den bürgerlichen Politikern durch den im März verabschiedeten "Plan Tupac Amaru" (das politische Programm des Präsidenten Morales) in Form einer gesicherten Regierungsübernahme für 1980 zugesagt wurden.
Wie sich die seit 1968 an der Macht befindliche Militärregierung zu den stattfindenden Wahlen und dem Demokratisierungsprozess stellte, geht klar aus den Worten des Präsidenten hervor: "Formuliert die Konstituante keine Verfassung nach den Vorstellungen der Streitkräfte, so wird sie aufgelöst und die Geschichte ist zu Ende. Die Streitkräfte übergeben 1980 an zivile Parteien zwar die Regierung aber nicht die Macht".

Weitere drastische Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln führten im Mai des Jahres zu einem 48stündigen Generalstreik, der das gesamte Land lahmlegte. Die Regierung konterte mit Verhaftungen namhafter oppositioneller Politiker. Am 25. Mai wurden 13 peruanische Führer und Journalisten der Linken (unter ihnen auch Hugo Blanco) auf eine abgelegene Armeebasis in Argentinien geflogen. Erst eine massive internationale Kampagne, die auch von grossen Teilen der europäischen Sozialdemokratie unterstützt wurde, und der Aufschwung der oppositionellen Kräfte in Peru machten das Vorhaben der Junta zunichte.

Blanco erhielt Asyl in Schweden, das er zwei Monate zuvor verlassen hatte, um als Kandidat des Wahlbündnisses FOCEP (bestehend aus Organisationen, die sich auf den Trotzkismus berufen) am Wahlkampf teilzunehmen. Auch alle anderen der 12 Deportierten erhielten Asyl in verschiedenen Ländern. Das war aber nicht die einzige Behinderung der Linken während der Wahlen. Der Mai-Streik hatte der Regierung Gelegenheit geboten, unerwünschte Persönlichkeiten als Rädelsführer in Gewahr zu nehmen und sie so während der Wahlkampagne ausser Gefecht zu setzen. Genossen, die die für die Kandidatur notwendigen Unterschriften sammelten, wurden inhaftiert und ihrer Listen beraubt, oft erst kurz vor der Wahl, wodurch die Kandidatur der linken Listen ständig gefährdet war. Millionen von Peruanern waren zu den Wahlen nicht zugelassen, weil sie der spanischen Sprache nicht mächtig sind (hauptsächlich Indios), deren Stimmen für die linken Listen von grosser Bedeutung gewesen wären. Soldaten hatten ebenfalls kein Stimmrecht, und das in einem Land, in dem eine Militärjunta im Namen der Streitkräfte herrscht. Auch der Ausnahmezustand während des Maistreiks, die Zensur oder Behinderung linker Publikationen, sowie die eindeutige Bevorzugung rechter Kandidaten bei Rundfunk und Fernsehen stellten erhebliche Behinderungen der linken Listen dar. So betrachtet muss das Wahlergebnis als Erfolg der Linken gewertet werden.

DIE KANDIDIERENDEN GRUPPEN

Zur Wahl gestellt haben sich folgende Parteien und Gruppierungen (Zahlen sind entnommen aus: "Intercontinental Press" vom 3. Juli 1978).

PAP oder APRA (amerikanische revolutionäre Bündnispartei) - 35% der Stimmen.
APRA wurde als revolutionär-nationalistische Organisation im Jahre 1930 von Haya de la Torre gegründet und begann ihre Arbeit als eine kleinbürgerliche antiimperialistische Partei, zu einer Zeit, als die Arbeiterklasse noch schwach war. Heute ist sie eine proimperialistische Partei mit Restbeständen reformistischer Parolen. APRA war zu bestimmten Zeiten der Repression mehr ausgesetzt als die KP, als sie links von dieser stand. Das verlieh ihr das traditionell gute Image, das sie sich bis heute in breiten Schichten der Arbeiterklasse erhalten hat und durch einen gut organisierten Apparat auch lebendig gehalten wird.

PPC (christliche Volkspartei) - 26% der Stimmen.
Die PPC ist der klarste Exponent der "freien Marktwirtschaft" und wird von der Mehrheit der grossen Kapitalisten Perus unterstützt. Die Kritik am bestehenden Militärregime kommt von rechts und spiegelt deutlich das Bestreben wider, die alten Zustände vor dem Putsch 1968 wiederherzustellen, als die Bourgeoisie Perus noch Einfluss auf den Staatsapparat hatte.

PDC (Christdemokraten) und ARS (Revolutionäre sozialistische Aktion) - 2% der Stimmen.
Sie haben die Regierung Velasco vorbehaltlos unterstützt und verloren fast ihre gesamte Wählerbasis.

PSR (Revolutionäre sozialistische Partei) - 5,9 % der Stimmen.
Sie wird von "linksgerichteten" Offizieren geführt, die dem Velasco-Regime gedient hatten, das 1976 mit Velasco fiel. Diese verstehen sich als grundsätzlich national und unabhängig von ausländischen Organisationen. Ihr Ziel ist die "nationale Revolution". Sie begreifen sich einerseits als die wahren Erben des Velasco-Regimes, kritisieren es aber gleichzeitig. In der PSR finden sich sowohl Generäle, die unter Velasco Minister waren, als auch Führer von Volksorganen, die im Kampf auf Seiten der Unterdrückten an vorderster Front standen.

KP (Unidad) - 5,7% der Stimmen.
Die KP gab der Regierung "kritische" Unterstützung und identifizierte sich grundsätzlich mit der Velasco-Ära. Als die KP im November 1977 einen Streik sabotierte, der von allen Gewerkschaftsdelegierten befürwortet worden war, konnte die Spaltung der Partei nicht mehr verhindert werden. Die KP 'Mehrheitsfraktion' (nach dem Namen ihrer Zeitung), nahm den Grossteil der Gewerkschaftsführer mit sich und verfügt über erheblichen Einfluss bei den Massen. Sie beteiligte sich am Wahlbündnis UDP mit der Argumentation, dass die Gemeinsamkeit vor allen darin liege, dass auch die maoistischen Organisationen in der UDP Kurs auf ein Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie nehmen.

UDP-Wahlbündnis (Demokratische Volkseinheit) - 4,3% der Stimmen.
UDP ist ein mehrheitlich von Maoisten beeinflusstes Wahlbündnis, dem sich Sektionen der PCR (Revolutionäre Kommunistische Partei) und des MIR (Bewegung der revolutionären Linken) angeschlossen haben. Auch zwei sich auf den Trotzkismus berufende Organisationen sind an diesem Wahlbündnis beteiligt: FIR/IV. Internationale und FIR/Combate (FIR = Front der revolutionären Linken), beides nach Angaben der 'Intercontinental Press' relativ kleine Gruppierungen. Die Regierungslosung der UDP "für eine revolutionäre Volksregierung" steht für den maoistischen "Block der vier Klassen" (Arbeiter, Bauern, Mittelklasse und nationale Bourgeoisie).

FOCEP (Wahlbündnis sich auf den Trotzkismus berufender Organisationen und linker namhafter unorganisierter Persönlichkeiten) - knapp 12% der Stimmen.
Die teilnehmenden Organisationen: PST (Sozialistische Arbeiterpartei - Hugo Blanco), POMR (Revolutionäre Marxisti-

sche Arbeiterpartei, Mitglied des "Komitees für den Wiederaufbau der IV. Internationale"), FIR-POC (Front der revolutionären Linken - Arbeiter- und Bauernpartei).
PST und FIR-POC sympathisieren mit dem "Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale".
Auch eine maoistische Gruppe - Bandera Roja (Kommunistische Partei) ist Mitglied der FOCEP.
Neben diesen vier Arbeiterorganisationen schlossen sich wichtige Gewerkschaften, Jugendgruppen und die nationale Organisation der PUEBLOS JOVENES (eine Organisation der Bewohner der Barackenstädte am Rande der Industriezentren) an.
Von den linken Listen war die FOCEP eindeutig die erfolgreichste. Das ist sicherlich auf die besondere Betonung der Agrarfrage zurückzuführen, die seit jeher von den trotzkistischen Organisationen der FOCEP als die wesentliche Frage in Peru verstanden wurde. Es sei erinnert, dass Hugo Blanco 1966 in TACNA vor ein Militärgericht gestellt wurde, weil er eine führende Rolle in den Bauernaufständen von CUZCO (1952-63) eingenommen hatte.
In den südlichen Bezirken von Moquega (ein Kupferminenzentrum des Landes) erhielt die FOCEP 40% der Stimmen.

DIFFERENZEN ZWISCHEN DEN BEIDEN LINKEN WAHLBONDNISSEN

Die Einschätzung der PSR war es unter anderem, die das Wahlbündnis zwischen UDP und FOCEP verhinderte. Blancos Einschätzung der radikalen Exoffiziere ist kontrovers zu der der UDP-Führung: "Wir werden immer für ein Bündnis mit den Genossen der UDP eintreten. Die Differenz, die uns trennt ist, dass sie glauben, es sei möglich mit den Offizieren 'der ersten Phase' - das heisst mit der PSR - im Kampf zusammenzugehen, während wir das für unmöglich halten, denn wir haben gesehen, dass jene Herren ihre Waffen nicht zur Verteidigung der Bauern erhoben haben, sondern für ihre Unterdrücker. Somit wissen wir, dass sie, falls sie dazu Gelegenheit bekommen, wieder der Bourgeoisie zu Diensten und gegen die Arbeiter sein werden. Von nun an müssen wir die Arbeiterklasse dazu erziehen, kein Vertrauen in ihren Klassenfeind zu setzen." (zitiert aus "Intercontinental Press", 15. Mai 1978)

Ein weiteres Hindernis für ein Bündnis war die Einschätzung der nationalen Bourgeoisie, die sowohl von der KP-Abspaltung in der UDP, wie auch von den maoistischen Organisationen als Bündnispartner anerkannt wird, was in ihrer Regierungslosung "für eine revolutionäre Volksregierung" klar zum Ausdruck kommt und von den trotzkistischen Organisationen der FOCEP natürlich als klassenkollaborationistische Losung abgelehnt wird.
Trotzdem gibt es auch nach den Wahlen Diskussionen zwischen den beiden Wahlbündnissen, die schon in einem Projekt einer gemeinsamen Gewerkschaftspresse ihren Niederschlag fanden.

Nach Einschätzung des "Arbeiterkampfes" vom 4. September 1978 wird die gewählte Konstituante von den Linken uneinheitlich bewertet. "Während die Gruppierungen der UDP fordern:'Nieder mit der Diktatur und ihrer reaktionären Versammlung' und die Konstituante mehr als Bühne der Agitation und zur Entlarvung der Regierung betrachten, fordern die Vertreter der FOCEP (Hugo Blanco und seine Partei, die PST), dass der Versammlung reale Machtbefugnisse übertragen werden müssten." Es wird nicht zitiert, woher die Genossen diese Einschätzung der beiden Gruppierungen entnommen haben, in der 'Intercontinental Press' jedenfalls kann man Reden von Hugo Blanco lesen, in denen nirgends die Forderung nach

Aus einem Interview mit Blanco

(entnommen der 'Intercontinental Press' vom 8. Mai '78)

Frage: Wie glaubst du, hat sich die Linke bisher zu den Wahlen verhalten?

Antwort: Dazu kann ich einige positive aber auch negative Aspekte nennen. Positiv ist, daß die Mehrheit der Linken an den Wahlen teilnimmt; das bedeutet, daß sie verstehen, daß die Massen am Verlauf der Wahlen interessiert sind. Obwohl sie vorerst kein Interesse gezeigt haben, begannen sie, sobald die Wahlen ausgeschrieben waren, Anteil daran zu nehmen. Die Linke zeigt, daß sie einiges an leninistischer Erfahrung hat - Lenin war ein guter Organisator von Wahlkampagnen. Es scheint mir auch positiv zu sein, daß ein Teil der Linken an der Wahlkampagne teilnimmt, um die stattfindenden Kämpfe der Arbeiterklasse voranzutreiben; und es ist gut, daß die Wahlen dazu dienen prinzipielle Fragen aufzuwerfen.

Frage: Und die negativen Aspekte?

Antwort: ... Wir dürfen unsere Chancen in diesen Wahlen nicht vergeben. Es passiert nicht jeden Tag, daß Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden; Wahlen sind in Peru überhaupt etwas Seltenes...
Während der Wahl zur Konstituante kann man viele Punkte sagen. Bei gewöhnlichen Wahlen haben wir das Problem, weit über die Grenzen der geltenden Verfassung hinauszugehen. Aber jetzt kann nichts, was wir aufwerfen, als illegal bezeichnet werden, da es gerade darum geht, eine neue soziale, juridische, ökonomische usw. Ordnung herzustellen. Unsere Pflicht als Revolutionäre ist es, die sozialistische Alternative aufzuzeigen, und nicht innerhalb des kapitalistischen Rahmens zu bleiben.

Frage: Glaubst du, daß die Alternativen der Arbeiter klar dargestellt werden?

Antwort: Ich glaube, das ist teilweise ein Problem. Obwohl wir sicherlich mit dem Entwurf für eine Verfassung, den ich meiner Partei vorgelegt habe, der Frage auf den Grund gehen. Er muß noch einer ordentlichen Diskussion unterworfen werden; aber ich habe bisher noch keinen Genossen gefunden, der dagegen ist, weil es keine Erfindung von mir ist, sondern ganz einfach eine Systematisierung marxistisch-leninistischer-trotzkistischer Ideen darstellt, präsentiert in der Form einer Verfassung.

Frage: Und was schlägst du in diesem Dokument vor?

Antwort: Vor allem, daß die Regierung von demokratisch gewählten Delegierten zusammengesetzt sein muß, die aus den Reihen der Arbeiter, armen Bauern, Lohnabhängigen, Soldaten usw. mit anderen Worten aus den Reihen der Ausgebeuteten kommen. In dieser Frage grenzen wir uns nicht nur auf das Schärfste von der Bourgeoisie und den Reformisten ab, sondern auch, wie ich glaube, von der UDP, konkret von den maoistischen Genossen und ihrer Losung der demokratischen Volksregierung, die wie Mao es nannte, die "vier Klassen" beinhalten würde: neben den Arbeitern, Bauern und den Mittelklassen, die sogenannte "fortschrittliche Bourgeoisie". Und in dieser Frage stimmen wir nicht überein.

Wir unterscheiden uns auch in unseren ökonomischen Losungen von der Bourgeoisie, den Reformisten und den maoistischen Genossen, da wir nicht nur für die Enteignung der imperialistischen Betriebe, sondern auch der nationalen Firmen aufrufen. Wenn wir Moraveco entschädigungslos enteignen, werden wir Senor Drassinower nicht um seinen Paß bitten, um zu sehen, ob er Peruaner ist. (...) Eine andere Frage, die wir mit Klarheit aufgezeigt haben, ist das Problem der Streitkräfte. Wir glauben, daß sie nicht in der derzeitigen Form organisiert werden sollten, sondern wie bewaffnete Komitees der Arbeiter, Bauern und Angestellten und anderer ausgebeuteter Schichten.

In diesem Punkt glaube ich, sind wir mit den maoistischen Genossen einer Meinung. Dasselbe gilt für die richterliche Gewalt. Wir fordern Volkstribunale, die von den Massen gewählt werden...

Frage: Glaubst du, daß die Anzahl der Kandidaten, die in Cuzco, im besonderen von der PSR aufgestellt wurden, die Wahlchancen der FOCEP in diesem Bezirk spürbar beeinträchtigen werden?

Antwort: Bezüglich der PSR habe ich in einem UDP-Dokument irgendwo gelesen, daß die Differenz der UDP zur FOCEP darin liegt, daß wir von einer Vertiefung der Reformen, die unter Velasco gemacht wurden, sprechen, während ihrer Meinung nach nichts übrig geblieben ist, das wert wäre, vertieft zu werden. Was mir paradox erscheint, ist die Tatsache, daß die UDP diese Position hat, aber zugleich ein Bündnis mit der PSR anstrebt, dem Repräsentanten der ersten Phase (1). Wir dagegen lehnen solch ein Bündnis ab.

(1) Die Nationalisierungen und die beschränkte Landreform, die unter Velasco durchgeführt wurden, werden als "erste Phase" bezeichnet, die "zweite Phase" ist die teilweise Aufhebung dieser Politik, die unter Morales Bermudez durchgesetzt wurde.

mehr Machtbefugnis für die Konstituante auftaucht, in denen er vielmehr die peruanischen Arbeiter und Bauern eindringlich vor Illusionen in die Konstituante warnt, auf die Wahlfarce aufmerksam macht und sie auffordert, eigene Komitees zu gründen, die dem Militärregime eine reale Kraft entgegensetzen können, da es der Konstituante niemals gelingen könnte dem Militärregime ein Ende zu bereiten.

Die verfassungsgebende Versammlung wird als das dargestellt, was sie ist, der zivile Bruder der Militärjunta, die durch die massiven Streikkämpfe gezwungen war, die Forderung nach einer Konstituante zu erfüllen. Die Losungen "Nieder mit der Militärjunta, für eine Arbeiter- und Bauernregierung" sind stets die zentralen.

Vielmehr lässt sich aus Blancos Reden eine ungeheure Euphorie bezüglich der Möglichkeit, eine Arbeiter- und Bauernregierung zu formieren, ableiten. Eine halbe Million Stimmen (die Bevölkerung Perus ist 11 Millionen) für die FOCEP, Stimmen, die gegen jede Klassenkollaboration und für eine Arbeiter- und Bauernregierung abgegeben wurden, war erheblich mehr, als sich die FOCEP-Organisationen träumen liessen, doch eine halbe Million ist eine kleine Minderheit verglichen mit den Stimmen, die von Arbeitern und Bauern für bürgerliche Parteien abgegeben wurden. Die ansatzweise bestehenden Arbeiter- und Bauernkomitees werden masslos überbewertet und für eine Gesamteinschätzung der Lage herangezogen, die eine Phase der demokratischen Illusionen bei



Morales Bermudez

der Mehrheit der Arbeiter und Bauern unberücksichtigt lässt. Sonst bliebe unerklärlich, warum Blanco in keiner seiner Reden und die 'Intercontinental Press' in keinem ihrer Artikel die Losungen "Neuwahlen" und "Für eine revolutionäre Konstituante" aufstellen. Blanco schätzt, dass spätestens die neuformierte Regierung, die 1980 antreten soll, durch ihre Politik, die die Militärjunta vorschreibt, die Illusionen ausmerzen wird und sich selbst durch und durch entlarven wird.

Dass es bei den peruanischen Massen immer noch grosse Illusionen in die rechten Parteien der Konstituante gibt, beweisen die relativ hohen Stimmabgaben für APRA und PPC. Selbst die 'Intercontinental Press' führt dies auf das rückständige Bewusstsein der Arbeiter im Inneren des Landes zurück, die nur der APRA zutrauen, demokratische Bedingungen im Lande wiederherstellen zu können, wobei sie der demagogischen Anti-Regierungspropaganda der APRA während der Wahlkampagne ihr volles Vertrauen schenkten.

Allein die Losung der "Arbeiter- und Bauernregierung" ins Zentrum der Agitation zu stellen und auf die Losung "Für eine revolutionäre Konstituante" zu verzichten, die gestützt auf Komitees (Ansätze zu Sowjets) der Arbeiter und armen Bauern, die Militärjunta wirklich stürzen und den rechten Parteien die Rechnung für ihre Zusammenarbeit mit dem Militär liefern können, wäre in der gegebenen Situation falsch.
Die Losungen "Sowjets" und "Für eine revolutionäre Konstituante" sind daher nicht als Alternativen gegenüberzustellen, sondern stellen in der gegebenen Situation eine Einheit dar, geeignet den Kampf um demokratische Rechte mit der Schaffung klassenunabhängiger Komitees zu verbinden. Erst der Kampf um die revolutionäre Konstituante - denn freiwillig wird das peruanische Regime niemals derartige Zugeständnisse machen - wird das revolutionäre Selbstbewusstsein der unterdrückten Massen stärken, ihnen Tag für Tag vor Augen führen, dass nur Arbeiter- und Bauernkomitees in der Lage sind, eine wahrhaft demokratische Konstituante zu erzwingen. Somit wird der Kampf um die Konstituante zugleich ein wesentlicher Schritt zur Selbstorganisierung, der Kampf um demokratische Rechte ein Hebel für die Schaffung revolutionärer Kampforgane sein. In einer Situation, in der es zwar eine starke Arbeitervorhut gibt, die für revolutionäre Antworten auf die dringendsten Probleme der peruanischen Arbeiter und Bauern zu gewinnen ist, die Mehrheit dieser beiden Klassen aber weiterhin Illusionen in bürgerliche und reformistische Parteien hat, ist es zwar verlockend, dem Ruf der Avantgarde nach einer Arbeiter- und Bauernregierung nachzugeben, geht aber am Bewusstsein jener Rückständigen vorbei, die es mit Hilfe der Avantgarde zu gewinnen gilt. In Peru geht es heute vor allem darum, rückständige Schichten im Kampf um eine revolutionäre Konstituante voranzutreiben und den Anschluss an die vorbreschende Vorhut herzustellen, ohne diese durch irgendwelche "demokratische Zwischenetappen" zu verlieren. Gerade die Verbindung des Kampfes um die Konstituante und die Erweiterung und Festigung der Arbeiter- und Bauernkomitees kann ansetzend am bestehenden Bewusstsein beider Teile eine Brücke schlagen.

EINHEITSEUPHORIE BEI DER PST

Die Einheitseuphorie, die offenbar durch die grossen Erfolge bei den Wahlen ausgelöst wurde, geht bei Hugo Blanco so weit, dass er von der Schaffung einer Massenpartei der Arbeiter und Bauern spricht, wobei er sowohl die KP als auch die PSR auffordert, sich in dieser Massenpartei zu organisieren.
"Es eröffnet sich auch die Möglichkeit eine breite Arbeiterpartei zu schaffen. Wir glauben nicht, dass die 12% der Stimmen, die wir erhielten, auch 12% für die Trotzkisten waren, und noch weniger für



Bewohner der Elendsviertel an einer Wasserstelle

die PST alleine. Wir glauben, dass diese Stimmen für Klassenunabhängigkeit abgegeben wurden, für eine klare Linie gegen die Bourgeoisie und für eine Arbeiter- und Bauernregierung. Deshalb müssen diese Genossen um diese Punkte herum organisiert werden. In solch einer Partei werden wir eine Tendenz sein, eine Strömung -... Wir würden genau die Strömung sein, die den Weg angeben würde für eine Umgruppierung aller dieser Kräfte. Und wenn sie zusammenkommen konnten für einen Wahlkampf, dann können sie sich auch vereinigen für einen wirklichen Kampf, der Tag für Tag in der Arena des Klassenkampfes geführt wird. Wir hoffen, dass die Mehrheit der Genossen in der UDP auch bereit sein wird bei dieser Umgruppierung mitzumachen. Wir werden auch die KP auffordern in diese Arbeiterpartei einzutreten. Auch wenn sie es ablehnt, und es für besser hält die Regierung zu unterstützen, weil sie keine klassenunabhängige Politik verfolgen will, werden wir sie trotzdem auffordern einzutreten. Genauso werden wir die Basisgenossen der PSR auffordern einzutreten. Ich sagte schon, die PSR ist eine bürgerliche Partei, die sich auf die Erfahrungen der ersten Phase der Militärregierung stützt. Aber sie hat eine grosse Gefolgschaft unter den Arbeitern und Bauern." ('Intercontinental Press', 24. Juli 1978)

Einheitsfront, Wahlbündnis und Partei werden beliebig durcheinandergeworfen und in einem alles verwischenden Einheitsstreben nicht mehr nach ihrer Funktion unterschieden. Einheit steht über allem, denn sie macht "stark". Die Kampferfolge der Streiks, sowie die Wahlerfolge des 'trotzkistischen' Wahlbündnisses verleiten Blanco und die PST dazu, das Bedürfnis der Massen nach Einheit auch als einziges Kriterium für die Schaffung einer breiten Massenpartei anzulegen. Während die Einheit im Streik nur punktuell zu verstehen ist, beschränkt auf diese bestimmte gemeinsame Aktion, ist die Einheit innerhalb einer Organisation von prinzipiell anderer Natur.

Selbst bei einer so kurzfristigen gemeinsamen Aktion, wie der des Generalstreiks in Peru, versuchte die KP den Kampf zu sabotieren und mit der Regierung einen Separatfrieden auszuhandeln. Wie sollte es möglich sein, mit einer Partei, die seit Jahren die Militärjunta unterstützt, ein Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie sucht, somit auf der anderen Seite der Barrikaden steht, in ein und derselben Organisation zusammenzuarbeiten? Ebenso illusionär ist es anzunehmen, dass die Organisationen der UDP, die für ein Bündnis der Klassen eintreten, also wie die KP der nationalen Bourgeoisie zutrauen, gegen den Imperialismus und zum Nutzen der unterdrückten Massen Perus zu kämpfen, diese Positionen aufgeben werden angesichts der grossen Erfolge der Trotzkisten. Die Stalinisten streben die sogenannte demokratische Etappe an, während der die Arbeiter und Bauern gestärkt durch das Bündnis mit der "antiimperialistischen" nationalen Bourgeoisie angeblich die freie Entfaltung ihres politischen Bewusstseins und Stärkung ihrer Organisationen erleben würden. Demgegenüber werden die Genossen der PST und anderer trotzkistischer Strömungen vertreten, dass ein Bündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat immer nur bürgerliche Herrschaft und Unterdrückung der Arbeiter und Bauern bedeutet hat. Im Falle des Anwachsens der Massenkämpfe war die nationale Bourgeoisie stets auf Seiten der imperialistischen Bourgeoisie gewesen, die zwar gefürchteter Konkurrent am Weltmarkt ist, aber doch verlässlicher Verbündeter im Kampf gegen Proletariat und Bauern. Die Genossen der PST werden weiters hoffentlich vertreten, dass es so etwas wie eine 'demokratische Etappe' in den unterentwickelten Ländern nicht geben kann und auch niemals gegeben hat, weil die schlechten Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals keinen Spielraum zulassen, der Rechte wie freie gewerkschaftliche Organisierung, freie demokratische Wahlen, uneingeschränkte Presse- und Redefreiheit gestatten könnte. Denn jedes demokratische Zugeständnis bedeutet in der Praxis Verminderung der Profitrate.

In der heutigen brisanten Situation geben die verschiedenen Gruppierungen der Linken des Landes (KP, SP, Maoisten und FOCEP), also völlig unterschiedliche strategische Antworten. Nur die Praxis der Einheitsfront (des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter und Bauern aller linken Parteien), kann zur Stärkung der Revolutionäre beitragen. Aber das hat mit der Bildung einer Partei nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil, heute müssen schonungslos alle Etappenkonzepte kritisiert werden. Einheit im Kampf gegen die Militärs - JA. Ansonsten aber strenge politische und programmatische (also auch organisatorische) Trennung! Hugo Blancos Einheitseuphorie wird nicht den Hauptaufgaben der peruanischen Situation gerecht. Einerseits ist seine Politik ultralinks indem er die 'schweren Reserven' der Revolution ignoriert. Andererseits der rechte Drang nach 'Einheit', der 'übersieht', dass die Differenzen immerhin strategischer Natur sind!

Die programmatische Einheitlichkeit, die von der bolschewistischen Partei immer hochgehalten wurde, ist nicht Ausdruck von Pedanterie, sondern Ergebnis systematisierter Erfahrung der Arbeiterklasse nach der eben nur klare Übereinkunft bezüglich der Antworten auf die brennendsten Fragen der Massen ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht.

11. Oktober 1978

LEO
TROTZKI
**SCHRIFTEN
ZUM
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG**



KB-Mitglied droht mit „Ohrfeigen"...

Der personelle und politische Niedergang des KB drückt sich auch in einem immer gehässigeren und agressiveren Verhalten einzelner Mitglieder dieser Organisation gegen andere Linke aus. Anpöbeleien, ja physische Gewalt gab es bereits in der Vergangenheit. Ein erster trauriger Höhepunkt dieser "Linie" war die Schlägerei auf der letzten Anti-AKW-Demonstration: Einige KB-Ordner griffen damals den Sponti-Block an. Dass dies leider keine Eintagsfliege war zeigt der Vorfall am 17.Okt. 1978.
Ein Genosse der IKL besuchte die Solidaritätsveranstaltung des KB mit der EPLF (eritreische Befreiungsbewegung) im Porrhaus. Als er vor Beginn die "permanente revolution" verkaufen wollte, stürzte sich ein KB-Mitglied auf ihn, beschimpfte ihn und riss ihm die Zeitungen aus der Hand. Er brüllte den IKL-Genossen an, er solle verschwinden und drohte ihm - für den Fall, dass er weiter verkaufen würde - ein paar Ohrfeigen an!
Diesem hysterisch agressiven Verhalten, dass sich in der letzten Zeit merklich häuft, muss jetzt wohl endgültig entgegengetreten werden. Wir haben keine Lust zuzusehen, wie der KB - sobald er nur halbwegs "unter sich" ist - mit anderen Linken herumspringt wie es ihm passt! Zum einen wollen wir unmissverständlich erklären, dass wir dort unsere Zeitung verkaufen werden, wo wir es für richtig halten, und uns dabei auch nicht von wildgewordenen KB-Mitgliedern einschüchtern lassen. Zum zweiten muss und kann einer Entwicklung, die in Berlin 1974 so weit geführt hat, dass die Rechtsmaoisten der KPD und der KPD/ML eine GIM-Veranstaltung mit Eisenstangen (!) angriffen (die von ihnen provozierte Schlägerei forderte dutzende Verletzte) Einhalt geboten werden. Wenn man heute Drohungen und Beschimpfungen unwidersprochen lässt, oder sie bagatellisiert, darf man sich morgen nicht wundern, wenn demoralisierte und isolierte Chinagläubige ihren schwindenden Einfluss durch erhöhte Bereitschaft zu Schlägereien mit anderen Linken kompensieren wollen.
Es gilt daher den KB öffentlich unter Druck zu setzen, und ihn zu einer Stellungnahme zu diesen Vorfällen aufzufordern. Wir fordern daher alle linken, fortschrittlichen und sich auf die Arbeiterklasse berufenden Organisationen auf, über diesen Vorfall eine Notiz in ihrer Zeitung zu bringen.

Faschismus in England

Eine von den Ausmassen fortgeschrittenere faschistische Bewegung als in der BRD gibt es in England. Dort hatten die Auseinandersetzungen im März/April dieses Jahres einen vorläufigen Höhepunkt erlebt, als ein generelles Demonstrationsverbot für London und Umgebung erfolgte.

Interessant und lehrreich ist dabei, dass es meist gar nicht zu direkten Zusammenstössen zwischen Antifaschisten und der faschistischen National Front (NF) gekommen ist, sondern nur zwischen Antifaschisten und den die Faschisten beschützenden Polizeiabteilungen.
Die sich auf den Trotzkismus berufende englische Organisation 'International Communist League' (ICL) hat in ihrer Zeitung 'workers action' die aktuelle Entwicklung kommentiert und konkrete Vorschläge für den Kampf gegen den Faschismus entwickelt. Im folgenden wollen wir uns damit auseinandersetzen, weil wir der Ansicht sind, dass die Position der ICL zwar nicht ganz einheitlich ist, aber in der wesentlichen Stossrichtung korrekt.

Vorausgeschickt werden muss, dass der englische Faschismus einige andere Akzente trägt als der in der BRD.

In England gibt es starke nationale Minderheiten (die meisten asiatischer Herkunft, ehemalige 'Commonwealth'-Länder), die ein Klima von Rassismus und Chauvinismus auszustehen haben. Der Ruf nach Aussiedlung wird laut. Die Faschisten starteten in der letzten Zeit aber auch Angriffe auf Organisationen der Arbeiterbewegung, die aber noch die Ausnahme bilden.

DIE BOURGEOISIE BEREITET DEN NÄHRBODEN

Sowohl die regierende Labour Party als auch die Tory-Opposition schüren ein Klima des Hasses und des Misstrauens gegen die "Ausländer", die mit ihrer "fremden Kultur" in England die "Oberhand gewannen".
Anders als vor Jahren, als das Kapital ein grosses Arbeitskräftereservoir mit möglichst geringer Klassenkampferfahrung brauchte und massenhaft ausländische Arbeitskräfte ins Land holte, hat die Rationalisierungswelle die "Freisetzung" und Abschiebung von unqualifizierten, nicht weissen Arbeitskräften für das Kapital und den Staat notwendig gemacht. V.a. der englische Staat verfolgt mit der Politik der Abschiebung von 'ausländischen' Arbeitslosen (viele haben die englische Staatsbürgerschaft!) und Einwanderungsbeschränkungen ein zweifaches Ziel:
Erstens sollen die englischen Arbeiter bei der Stange gehalten werden, indem man ihnen erklärt, die Farbigen nähmen ihnen nur 'ihre' Arbeitsplätze weg. Damit will man die Spaltung der Arbeiterklasse erreichen, damit es zu keinem gemeinsamen Kampf von Farbigen und Weissen gegen Arbeitslosigkeit kommen kann. Der 'ausländische' Teil der englischen Arbeiterklasse bietet für die Bourgeoisie den Vorteil und die Möglichkeit, dass er abgeschoben werden kann, d.h. das Unruhepotential der Farbigen ist auf 'einfache' Art zu beseitigen (s. auch BRD!).
Zum zweiten verursachen 'ausländische' Arbeitslose nur unnötige Kosten, die auf die Staatsfinanzen drücken. Obwohl die Bourgeoisie aus ökonomischen Gründen eigentlich ein Interesse an einer möglichst grossen Reservearmee hat, ist ihr in diesem Fall an einer Reduzierung gelegen.

DIE LABOUR-PARTY: CHAUVINISMUS ALS LÖSUNG

Innerhalb der Labour Party gab es heftige Auseinandersetzungen mit dem Jugendverband Young Socialists ('Jungsozialisten'), die gegen Einwanderungskontrollen und Abschiebungen sind. Ihnen wurde entgegengehalten, dass es in Zeiten mit 1,5 Mio. Arbeitslosen praktisch keine andere Wahl gebe. Hier zeigt sich, dass jede Politik, die eine Überwindung der Arbeitslosigkeit und Krise nur im nationalen Masstab in Betracht zieht - wie das alle Reformisten tun - in der Konsequenz nur chauvinistisch sein kann. Denn selbst einmal angenommen, die englische Arbeiterklasse hätte durch die Abschiebungspolitik Vollbeschäftigung, so wäre das Problem der Arbeitslosigkeit nur verlagert auf die indische, pakistanische etc. Arbeiterklasse. Gerade diese Konsequenzen werden dabei von den Reformisten bewusst in Kauf genommen.

Die Ursachen der reaktionären staatlichen Politik, die den Faschismus so gut gedeihen lassen, werden in 'workers action' allerdings nicht erwähnt: Es wird nicht ganz klar, warum gerade heute rassistische Gesetze vorgeschlagen werden.

Die Massnahmen, um die Emigranten einzuschüchtern und gefügig zu machen, reichen von Gesetzen, die eine Einwanderungsbeschränkung für Farbige verlangen bis zu physischen Angriffen der Bullen und Faschisten auf Farbige. Fast in jeder Woche werden Morde an Farbigen verübt.

Es ist klar, dass auf dem von Labour Party und Tories bereiteten Nährboden faschistische Banden wie die National Front prächtig gedeihen, setzen sie doch in die Tat um, was von vielen bürgerlichen Politikern unter der Hand oder ganz offen empfohlen wird.
Die Bullen veranstalten Razzien in Vierteln, die hauptsächlich von Farbigen bewohnt werden, um "illegale Immigranten" festzunehmen.
In Wolverhampton fanden dutzende von Angriffen auf farbige Jugendliche statt: Während Ku Klux-Banden mit ihren Hüten durch die Stadt marschierten, kam es zu Zusammenstössen: 7 Farbige wurden von den Bullen festgenommen.
Allein im Januar wurden im Norden Londons 39 Geschäfte und Restaurants, die Farbigen gehören, angegriffen und teilweise zerstört.

Natürlich läuft die Kriminalisierung der Antifaschisten auf Hochtouren, während den Rassisten das Wohlwollen der Justiz und Bullen sicher ist: Ein farbiger Demonstrant wurde wegen "Aufwiegelei" bei einer Demonstration zu 6 Wochen Knast verurteilt - der Rassist Kingsley Read hatte den Mord an einer Farbigen mit den Worten kommentiert: "Einer ist weg - 1 Million muss noch weg!" und wurde freigesprochen!! Der Richter wünschte ihm zum Schluss noch viel Glück...
In diesem Zusammenhang fordert die ICL "Freie Wählbarkeit der Richter" ('workers action' Nr. 86). Diese Losung fördert unserer Ansicht nach die Illusionen in die Möglichkeit einer legalen Bekämpfung von Rassismus und Faschismus mindestens genauso, wie die Position der Labour Party und auch der englischen KP, die antirassistischen Gesetze müssten nur stärker angewandt werden. Im kapitalistischen System mit seinem bestehenden Staats- und Justizapparat können auch "frei gewählte" Richter nichts anderes als kapitalistisches Recht sprechen. In der grundsätzlichen Linie der ICL im Kampf gegen den Faschismus ist eine solche gefährliche Perspektive aber nicht enthalten. Die in der BRD z.T. beliebte (KB) Parole: "Verbot der faschistischen Organisationen durch den Staat" wird keineswegs aufgestellt.
Die ICL fasst ihre Position kurz so zusammen: "Es muss eine Aktionseinheitskampagne der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus aufgebaut werden, die demokratische Strukturen hat und das klare Ziel, die Faschisten von den Strassen zu jagen und allen Einwanderungskontrollen ein Ende zu setzen." ('workers action'101)

DIE 'ANTI-NAZI-LEAGUE'

In 'workers action'94 wird die Politik der Anti Nazi-League (ANL) einer Kritik unterzogen, der wir im wesentlichen zustimmen können.
Ende 1977 gründete die Socialist Workers party (SWP) mit einigen Prominenten (von Fussballmanagern bis hin zu Filmstars) die Anti Nazi-League. Sie beanspruchte, "auf einer möglichst breiten Basis gegen die Propaganda und Aktivitäten der Nazis in England heute vorzugehen. Wenn es aber zu konkreten Aktionen gegen die Faschisten kommt, ist von den grossen Persönlichkeiten niemand zu sehen, das Fussvolk der SWP bleibt auf sich gestellt. "Das zentrale Problem der ANL ist das: Sie verpflichtet die liberalen Persönlichkeiten zu keinerlei Teilnahme an Aktionen: auf der anderen Seite verpflichtet sie die Revolutionäre der SWP darauf, ihre Propaganda auf das zu beschränken, was für die Liberalen akzeptabel ist..." ('workers action Nr. 94)

Die ANL und die SWP geraten dadurch in folgendes Dilemma: Entweder sie folgen der Linie der Liberalen: "Keine Konfronta-

tion, überlassen wir die Sache der Polizei" oder die SWP führt kämpferisch Aktionen durch, um die Faschisten von der Strasse zu vertreiben - und läuft Gefahr, die so schön zusammengefädelte Einheit der ANL aufs Spiel zu setzen. Einige Labour-Abgeordnete sind auch schon wieder abgesprungen...

Gleichzeitig verfährt die ANL in der politischen Praxis äusserst sektiererisch: Es wird nicht der Versuch gemacht, bedeutende Teile der Arbeiterbewegung in den Kampf mit einzubeziehen, die SWP scheint die ANL als ihre Frontorganisation zu begreifen, die in Konkurrenz zu anderen antifaschistischen Initiativen und Komitees steht.
In dem Masse, wie die Faschisten beginnen, die Labour Party anzugreifen, entweder direkt durch Angriffe auf ihre Veranstaltungen und Büros, als auch durch die Wegnahme von Labour-Stimmen, wächst die Möglichkeit für breitere antifaschistische Aktionseinheiten. Die ANL hat kein klares Konzept im Kampf gegen Faschismus und Rassismus. Teilweise überlässt sie dem bürgerlichen Staat seine Bekämpfung. Als es im April ein generelles Demonstrationsverbot gab, da die bürgerlichen Politiker eine "Eskalation" befürchteten, begrüsste die ANL diesen Schritt als Sieg!

Eine solche Haltung fördert die Passivität der Arbeiterbewegung und antifaschistischen Bewegung: Wenn es dem Staat gelingt, die Faschisten in Schach zu halten, wozu dann noch kämpfen...?

Anfang Mai veranstaltete die ANL in London eine Demonstration und eine Art Volksfest, wozu ca. 80.000 Menschen mobilisiert werden konnten. Die Demonstration führte auch durch die Hochburg der Faschisten im East-End Londons. So beeindruckend dies auf den ersten Blick sein mag: Am Tag danach gelang es den Faschisten erstmals seit den 30er Jahren, ungehindert in das Zentrum Londons zu marschieren, obwohl die ANL von diesem (geheimen!) Vorhaben wusste! Die Demonstration sollte offiziell erst zwei Tage später stattfinden. Die ANL behielt die Information für sich, um ihre liberalen Bündnispartner nicht durch eine militante Aktion oder "Ausschreitungen" zu verschrecken.

DIE PERSPEKTIVEN DER I-CL

Gegenüber dieser Politik, die zu Passivität und Demoralisierung von tausenden Jugendlichen führt, die zum Teil erst frisch politisiert wurden, vertritt die ICL im wesentlichen korrekte Positionen:
- Sie betont die Notwendigkeit, dass sich die Arbeiterbewegung und die Farbigen auf ihre eigene Kraft verlassen müssen, um dem Faschismus den Garaus zu machen.

- Dem bürgerlichen Staat darf der Kampf gegen die Faschisten nicht anvertraut werden (dieser wird, wenn überhaupt, nur etwas gegen die Faschisten unternehmen, wenn er sich durch die Arbeiterbewegung gezwungen sieht - solange er nicht selbst auf das Pferd des Faschismus setzt).
- Der Faschismus hat seine Wurzeln im Kapitalismus und kann nur mit diesem zusammen vernichtet werden.

Folgende Forderungen schlägt sie verschiedenen antifaschistischen Initiativen und Komitees, der ANL sowie allen Tendenzen der Arbeiterbewegung vor, um auf Grundlage dieser Forderungen nach den Prinzipien der Aktionseinheit antifaschistische Aktionen zu organisieren:

- ALLE ARTEN VON EINWANDERUNGS-KONTROLLE MÜSSEN AUFS SCHÄRFSTE ABGELEHNT WERDEN
- FASCHISTEN RAUS AUS ALLEN POSITIONEN DER ARBEITERBEWEGUNG
- DIE ARBEITERBEWEGUNG MUSS DIE SCHWARZE SELBSTVERTEIDIGUNG UNTERSTÜTZEN UND SELBSTVERTEIDIGUNGS-ORGANE AUFBAUEN
- KEINE FORDERUNG NACH STAATLICHEN VERBOTEN
- WEG MIT DEN REAKTIONÄREN GESETZEN, SCHLUSS MIT DEN BULLENBELÄSTIGUNGEN IN VIERTELN DER FARBIGEN

(AUS 'SPARTACUS' NR. 46)



Der Kampf um die Brick Lane

Am 11. 6. zogen ca. 150 jugendliche Faschisten durch die Brick-Lane im Londoner Eastend. Sie warfen Flaschen, Steine etc. gegen Auslagenscheiben von farbigen Geschäftsbesitzern, beschimpften und verprügelten vorbeigehende Asiaten und verfolgten sie bis in die Nebengassen. Die Polizei, von irgendjemanden benachrichtigt, liess sich sehr lange Zeit, bis sie auftauchte. Doch ihre Rechnung, den Faschisten noch für einige Zeit das Feld zu überlassen, damit die Asiaten wieder einmal - wie schon so oft in den letzten 2 Jahren - eine Niederlage erleiden würden, ging diesmal nicht auf. Denn die ausländischen Jugendlichen organisierten eine, teilweise erfolgreiche Abwehr: Immer, wenn ein paar Faschisten bei der Verfolgung von Farbigen in Nebengassen eindrangen, wurden sie von mehreren Jugendlichen empfangen und wieder verjagt.

Seit dieser Zeit ist das Gebiet um die Brick-Lane ein Brennpunkt des Kampfes zwischen Faschisten einerseits und den farbigen Bewohnern und den militanten Linken andererseits geworden. Das Gebiet ist sehr stark von bengalischen Einwanderern bewohnt. Schon seit 1976 gab es kontinuierliche Überfälle von Faschisten. Aber bis jetzt war die Gegenwehr der Bewohner gering, denn die Kräfte unter den Einwanderern, die der Polizei als "Freund und Helfer" vertrauen, waren noch sehr stark. Erst durch die langen Erfahrungen mit der Polizei, die ständig die Überfälle der Faschisten tolerierte und im Zusammenhang mit der Bildung von lokalen Selbstverteidigungskomitees in anderen Städten Grossbritanniens, setzte sich der Gedanke der Selbstverteidigung, vor allem bei den jugendlichen Bengalis, im Gebiet um die Brick-Lane durch. Es wurde ein Selbstverteidigungskomitee gegründet, das vor allem versucht, die faschistische Propaganda zu verhindern, und das auch bereits die ersten Demonstrationen durchführte.

Der bisherige Höhepunkt war eine Demonstration am 2o. August. Dazu hatten alle grossen Organisationen der asiatischen Gemeinde und der militanten Linken aufgerufen. Das Ziel der Demonstration war es, erneut einen massiven Protest gegen die faschistischen Attacken gegen farbige Bewohner einzulegen, was auch gelungen ist. 4000 Demonstranten marschierten durch die Strassen und schwemmten die Faschisten weg, denen es diesmal nicht gelang, in irgendeiner Form ihre Propaganda durchzuführen. Das Bild der Demonstration wurde von der Anti-Nazi-League geprägt, die weitaus am stärksten vertreten war, während die Labour Party und die Gewerkschaften fast nicht vertreten waren. Dies wurde schon am Vorabend durch eine Stellungnahme des Trade Union-Congress (Britischer Gewerkschaftsverband) angekündigt. Diese Stellungnahme war eine Reaktion auf die Aufforderung der Organisationen der extremen Linken an die Gewerkschaft, den Selbstverteidigungskampf der Ausländer zu unterstützen und für die Teilnahme an der Demonstration aufzurufen. Die Stellungnahme nahm darauf nicht Bezug, aber ihre Stellung dazu geht aus dem letzten Satz klar hervor: "Die Polizei hat sicher eine sehr schwierige Aufgabe". Das heisst, der Gewerkschaftsverband setzt klar auf die Polizei, die bisher immer die faschistischen Überfälle tolerierte und ist gegen die Selbsthilfe der Farbigen. Die einzige Ausnahme war die Textilarbeitergewerkschaft, die mit einem starken Block vertreten war und die nun auch beginnt, weitere Konsequenzen zu ziehen. Sie beginnt selbst mit einer Säuberungsaktion gegen die Faschisten in ihren eigenen Reihen, die bisher in den Gewerkschaften eher toleriert wurden. Von der Labour Party nahmen bloss einzelne Londoner Jugendsektionen an der Demo teil.

Trotz alledem und obwohl viele Mitglieder der asiatischen Gemeinde aufgrund des Fastenmonats Ramadan fehlten, stellte die Demonstration einen Erfolg dar. Dies zeigt, dass das Bewusstsein um die Notwendigkeit eines eigenständigen Kampfes gegen die Faschisten eindeutig gestiegen ist.

Die nächsten Monate werden der Prüfstein dafür sein, ob es den farbigen Einwohnern und den sie unterstützenden linken Organisationen gelingt, eine handlungsfähige Selbstverteidigungstruppe durchzusetzen. Ebenso müssen alle Kräfte der linken Organisationen darauf ausgerichtet sein, den Arbeitern und den Gewerkschaftern klar zu machen, dass sie das Selbstverteidigungskomitee durch eigene Selbsthilfegruppen unterstützen müssen, um die Faschisten endgültig, nicht nur aus der Brick-Lane, zu vertreiben!

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Naher Osten

Carter zitterte. Für den Frieden, wie er sagte. Begin bejubelte die "Friedensstifter" - "denn sie werden Gottes Kinder sein". Und Sadat empfand "sehr freundschaftliche Gefühle für den Menschen Carter, den Freund Carter und den Staatsmann Carter", nachdem ihm dieser das Messer an die Gurgel gehalten hatte: Wenn du nicht spurst, ist es aus mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe.

Doch selbst in der Phraseologie dieser "Friedensstifter" und noch deutlicher in den Spalten der bürgerlichen Presse konnte der wahre Geist von Camp David nicht ganz verschwiegen werden.
Der "Durchbruch zum Frieden" im Nahen Osten kann wohl mehr als vorläufig letzte Station des Hineinkriechens Sadats in den riesengrossen Hintern des US-Imperialismus gewertet werden. Er schloss im "Rahmenabkommen über den Abschluss eines Friedenvertrages" den Separatfrieden mit Israel! Mit unverhohlener Freude stellten auch die bürgerlichen Journalisten jene heraus, die davon in erster Linie gewinnen:
- die an einem imperialistischen "Frieden" im Nahen Osten interessierten USA,
- Israel, das vordererst einmal den militärisch stärksten arabischen Gegner "neutralisiert" und Zeit gewonnen hat,
- Und jene ägyptische Bourgeoisie, die noch mehr an der amerikanischen Wirtschafts'hilfe' mitschmarotzen will und gute Geschäfte mit den israelischen Imperialisten wittert.

DIE ERGEBNISSE VON CAMP DAVID

Kennzeichnendstes Ergebnis ist die Stärkung Israels und der Rechtsregierung von M. Begin. Gegen die nationale extreme Rechte besitzt er heute in der Knesset gemeinsam mit der Sozialdemokratie eine überwältigende Mehrheit. Faktisch hat sich ja Begins Plan vom Dezember 1977 durchgesetzt.
Den Palästinensern wird sowohl im Westjordanland als auch im Gaza-Streifen - nun auch von Sadat anerkannt - das Recht auf nationale Selbstbestimmung verwehrt. Das Westjordanland und der Gaza-Streifen bleiben unter israelischer Herrschaft. Die Siedlungen werden nicht aufgegeben, das Recht der Juden,dort Land zu kaufen, besteht weiterhin. Innerhalb von 5 Jahren (!!!) wollen die Zionisten der arabischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen "Autonomie" gewähren und ihre Militärmacht auf einige Garnisonen beschränken.
Unverbindlicher geht es nicht mehr. Was für eine Farce! "Autonomie" der Palästinenser unter militärischer Besatzung durch die Zionisten und unter Bedingungen, wo die Zionisten den Palästinensern das Land weiter abknöpfen. Wie der Rückzug innerhalb von 5 Jahren da nur vor sich gehen kann, hat schon Dayan in einer Rede in der Knesset umschrieben: "Wie will ich verhindern, dass sie (die Palästinenser) sich weigern, Land an Juden zu verkaufen? Wie will ich verhindern, dass Hunderttausende von Flüchtlingen entgegen unserer Abkommen aus dem Libanon kommen? Mit Waffengewalt, insbesondere mit Hilfe der israelischen Verteidigungskräfte." ('Haaretz', 29.12. 1977, aus 'Arbeiterkampf' Nr. 139)

Von einer Regelung für Jerusalem war keine Rede. Zuletzt bestand Sadat in Camp David nur mehr auf einem arabischen Fähnchen, das irgendwo in Jerusalem wehen sollte. Begin darauf ablehnend: Wäre Frieden im Nahen Osten, würden 22 arabische Fahnen in Jerusalem flattern - "vor den Botschaften eines jeden arabischen Staates, der Israel anerkannt habe". (aus 'Spiegel', 40/1978) Nicht einmal dieses 'Bakschisch' hat Sadat bekommen.

Und auch im einzigen Punkt, in dem die israelische Delegation entgegenkommend war - in der Frage Sinais - besteht ein Plan, der sich schliesslich über eine Zeitspanne von zwei bis drei Jahren ziehen soll. Rund 9 Monate nach der endgültigen Unterzeichnung des Friedens zwischen Ägypten und Israel - was ja noch nicht geschehen ist - rücken die israelischen Besatzungstruppen auf die Linie El Arich am Mittelmeer - Scharm el-Scheikh am Roten Meer zurück. Der Grossteil der jüdischen Siedlungen liegt hinter (!) dieser Linie. Der abschliessende Rückzug bis an die Grenzen vor dem Sechstagekrieg erfolgt dann eben im Zeitraum von zwei bis drei Jahren (?).

Das Rahmenabkommen ist voll von Phrasen, die nicht zuletzt von den israelischen Politikern selbst entlarvt worden sind. Begin akzeptierte in Camp David z.B. erstmals die Formel von den "legitimen Rechten des palästinensischen Volkes". Einen Tag darauf erklärte er vor amerikanischen Juden in New York, dass diese Formulierung bedeutungslos sei, weil die "legitimen Rechte" nicht definiert wären.

"Es gibt keinen Plan für Teillösungen, Separatregelungen, noch für ein drittes Entflechtungsabkommen, aber ich werde mich auf dieser Konferenz ... um einen dauer-

Terror-Urteile in Tunesien!

Habib Achour wurde vergangene Woche wegen "Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates" zu zehn Jahren Zwangsarbeit, 29 weitere Gewerkschafter zu Kerkerstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt.

Am 26. Jänner 1978 war es in Tunis zu einer machtvollen Streikbewegung gegen das Regime Habib Bourgibas gekommen. Die für höhere Löhne kämpfenden Arbeiter strömten auf die Strassen der Hauptstadt und rissen andere Bevölkerungsteile mit sich. Beamte, Lehrer und Tausende von Jugendlichen schlossen sich den Arbeitern an. Die Jugend leidet besonders unter der Massenarbeitslosigkeit von rund 16 Prozent. Ihr Gedankengut orientiert sich stark an den radikalkleinbürgerlichen Regimes der Baathisten im Irak, Ghaddafi's in Libyen und dem in Algerien. Deren fortschrittliche Rolle im Nahost-Konflikt und auch die progressivere Sozialstruktur dieser Länder üben einen großen Einfluß auf die radikalisierten Jugendlichen in Tunesien aus.

Die Unruhen spitzten sich am 26. Jänner immens zu. Barrikaden wurden errichtet und die Straßenkämpfe breiteten sich auch auf einige Provinzstädte aus. Die Leitfigur der aufständischen Massen war Habib Achour - der Führer der tunesischen Einheitsgewerkschaft UGTT. "Wir sind bereit, unser Leben zu opfern für Habib Achour!", dem damals die Revolte aber schon längst über den Kopf gewachsen war.

Die UGTT war ursprünglich eine regierungstreue Institution gewesen, die sich mit dem Anwachsen der Widersprüche im Lande , der Radikalisierung der Arbeiter und Studenten, deren Druck auch die Gewerkschaftsführung um Habib Achour ausgesetzt war, zu einem Zentrum der Opposition gegen das Bourgiba-Regime entwickelte. Ihre ca. 600 000 Mitglieder umfassen die verschiedensten Bevölkerungsschichten- von relativ privilegierten Angestellten bis zu radikalisierten jugendlichen Arbeitern.

Der Generalstreik war zwar am 26. Jänner von der UGTT ausgerufen worden - nachdem die Lohnforderungen der Arbeiter nicht erfüllt und ein Gewerkschaftsführer verhaftet worden war - das Ausmaß und die Schärfe der Kämpfe überstieg jedoch die Vorstellungen der UGTT-Führer. Achour untersagte zB. jede Konfrontation mit der Polizei, wie der Generalsekretär der IBFG, Otto Kersten, vor dem tunesischen Staatssicherheitsgerichtshof aussagte. Diese Appelle - während(!) der Kämpfe ausgegeben - blieben wirkungslos.

Das Regime vermochte der Bewegung nur noch mit dem Militär Einhalt zu gebieten. Mit Panzern ging es gegen die oft nur mit Steinen bewaffneten Massen vor. Über hundert Menschen wurden ermordet. Es folgten tausende Verhaftungen, von denen auch die Gewerkschaftsfunktionäre der UGTT nicht verschont blieben. Schnellgerichte verurteilten viele der Verhafteten zu jahrelangen Kerkerstrafen.

Zuletzt, am 9. Oktober, führte die Diktatur einen weiteren Schlag gegen die Opposition, indem sie deren bekannteste Führer, auch wenn sie im Jänner noch so gemäßigt und inkonsequent agiert hatten, zu hohen Kerkerstrafen verdammte. Zum Tode, wie es die Staatsanwaltschaft gefordert hatte,wagte sie sie doch nicht zu verurteilen.

Tausende von mutigen Kämpfern - nicht zuletzt für die Sache der arabischen Revolution im Nahen Osten - stecken heute in den Gefängnissen Tunesiens. Mit der Repression gegen die Führer der Gewerkschaftsbewegung will Bourgiba auch den 'leisesten' Widerstand ausschalten und die Massen entmutigen.

FREIHEIT FÜR DIE EINGEKERKERTEN!
NIEDER MIT DEN URTEILEN GEGEN DIE TUNESISCHEN GEWERKSCHAFTER!
FREIHEIT FÜR HABIB ACHOUR!
NIEDER MIT DEM BOURGIBA-REGIME!!!

haften und gerechten Frieden bemühen. Dieser Frieden kann jedoch nur dann gerecht sein, wenn das palästinensische Problem gelöst wird." So utopisierte Sadat kurz vor Camp David, als ob es mit Israel einen gerechten Frieden für die arabischen Massen geben könnte. Noch am ersten Tag der Verhandlungen legte die ägyptische Delegation ein Positionspapier vor, das "alle harten Forderungen, die die Araber je an uns gestellt haben - von der Rückkehr der Flüchtlinge des Jahres 1948 und Reparationszahlungen für die arabisch-israelischen Kriege, bis zu einem vollständigen Rückzug auf die Grenzen von 1967 und einer erneuten Teilung Jerusalems" (ein israelischer Delegierter) enthielt.

Das war ein plumper Bluff Sadats, denn niemand in Camp David glaubte, dass dies ernst gemeint war. Schon am 7. Tag brachte Weizmann das wirkliche Anliegen Sadats auf den Nenner: Er kam von einem Treffen mit Sadat zurück "und beschwor sein Team, sich auf Sinai zu konzentrieren: 'Das ist es, worum es Sadat vor allem geht.'" ('Spiegel' Nr. 40, 1978) Und hier einigte man sich schliesslich trotz aller Detailzwistigkeiten.

Neben den Regelungen zu Sinai, zum Westjordanland und Gaza-Streifen erkannte Sadat Israel formell an. Der Wirtschaftsboykott wird aufgehoben.

DIE KONSEQUENZEN

Mit dem Rahmenabkommen von Camp David ist vertraglich vorversichert, was Sadats Politik spätestens seit 1973 bewirkt hatte. Mit dem Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai 1974 und dem Sinai-Abkommen von 1975 erklärte sich Ägypten bereit, auf 'Gewaltanwendung' gegen Israel zu verzichten. Im November 1977 erkannte Sadat Israel mit seiner Reise nach Jerusalem de facto an und jetzt wurde dies in einem Rahmenvertrag fixiert.

Die Feilschereien in Camp David drehten sich durchwegs um untergeordnete Punkte: Um die UNO-Resolution 242 - ob der Erwerb von Land durch Krieg "unzulässig" sei (selbst auf dem Papier vermochte das imperialistische Israel diese Frage nicht zu verneinen), um Fähnchen und Formalitäten, wann welcher Teil des Rahmenvertrages zuerst unterschrieben wird. Prinzipiell waren von vornherein die Positionen abgesteckt: Der Preis für Israel würde Sinai sein; der Lohn: freie Hand gegen Norden und Osten, und vor allem Zeit ... Zeit, um das Kräfteverhältnis im Nahen Osten noch mehr zugunsten des Imperialismus zu verschieben. Eine solche Veränderung muss aber gegen das palästinensische Volk gehen. Seine Existenz wurde in Camp David nach dem ersten Tag nicht einmal mehr gestreift, denn dieses Volk soll es, - geht es nach dem Willen der Imperialisten - nach 5 Jahren als widerstandsfähigen Teil nicht mehr geben. Sadats Politik hat somit als tragische Hauptkonsequenz, den Rechtskräften freie Hand zur endgültigen Ausrottung der Palästinenser zu geben. Im Libanon kann man dies heute ganz deutlich sehen.

SYRIEN UND DER LIBANON

Mit dem ägyptisch-israelischen Separatfrieden verstärkt sich der Druck gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon, aber auch gegen Syrien. 1977 marschierten syrische Truppen im Libanon ein, um einen Sieg der palästinensisch-libanesischen Linken gegen die Falange zu verhindern. Zum anderen versuchte das Assad-Regime damit seine eigene Verhandlungsposition gegen Israel zu stärken.

Jetzt, nach Camp David, ist Israel jedoch besser in der Lage, seine eigentlichen Wünsche betreff des Libanon - koordiniert mit der Falange - durchzusetzen. Der Mohr - sprich die syrische Armee - hat seine Schuldigkeit getan ... als sie den wichtigsten Verbündeten gegen den israelischen Imperialismus, nämlich Tausende der libanesischen und palästinensischen Massen - ermordete.

Israel will sich nicht mit einem 'syrischen' Libanon abfinden. Zu unsicher ist ihm letztlich das Assad-Regime, um den imperialistischen 'Frieden' im Libanon aufrechtzuernalten. Die Wünsche der Zionisten drehen sich um einen von den 'Christen' beherrschten Libanon, der sich in einem engen Bündnis mit Israel befindet. In diesem Sinne muss das vor rund 3 Wochen begonnene Aufflammen des Bürgerkriegs gesehen werden. Camillo Chamoun, Expräsident und Falange-Chef damals: "Unsere Soldaten haben den Befehl erhalten, den Libanon von den syrischen Besatzungstruppen zu räumen". Israel und die NATO unterstützen die Rechtsmilizen massiv mit Waffen und bereits am 13. September stellte der Militärausschuss der israelischen Knesset fest: "Jedes Vordringen syrischer oder palästinensischer Elemente über die 'rote Linie' würde eine direkte Beeinträchtigung der Sicherheit Israels darstellen, das zu einer Reaktion gezwungen wäre".

TEILUNG DES LIBANON?

Die Initiative des französischen Imperialismus zielt letztlich auf eine Teilung des Libanon - in einen syrischen und einen israelischen Teil. Freilich, die Stossrichtung der Israelis und der Falange geht heute noch über einen solchen Kompromiss hinaus. Israelische Kriegsschiffe begannen letzte Woche Beirut zu beschiessen. Tel Aviv belieferte zuletzt die Falange mit modernstem Kriegsgerät, das auch für einen Angriff auf Syrien geeignet wäre.



Während Sadat mit Begin Zärtlichkeiten austauscht...

...unterstützen die Zionisten im libanesischen Bürgerkrieg die Reaktion



Der Nahe Osten ist indes ein Pulverfass. Ein Funken genügt, um es zur Explosion zu bringen. Ein israelisch-falangistischer Angriff auf Syrien könnte dieser Funken sein. Er könnte Sadats isolierte und schwächliche Position im arabischen Lager und in Ägypten vollends zum Einsturz bringen, den Separatfrieden in Frage stellen und die arabischen Massen in Bewegung bringen. Das wäre eine Entwicklung, die weder das syrische Regime noch der israelische Imperialismus anstrebt. Der 'Frieden' zwischen Syrien und Israel wird damit immer wahrscheinlicher. Ein 'Frieden' mit der einstweiligen Einigung, den Libanon zu teilen. Nicht umsonst sind Assads Differenzen zu Sadats Politik niemals prinzipieller Natur gewesen. In Tripolis meinte er, dass sich der ägyptische Präsident bloss "im Irrtum" befinde. Es gäbe mit Sadat nur "Differenzen in der Methode, wie der Frieden erreicht werden kann" (aus 'Arbeiterkampf' Nr. 139).

SADAT 'TROHNT' AUF EINEM VULKAN

Camp David brachte dem finanzstärksten Flügel der ägyptischen Bourgeoisie vergrösserte Profiterwartungen. Eine Reihe von gemeinsamen Projekten mit Israel sind geplant: bei der Bewässerung des Sinai und der Negev-Wüste. Israel will ägyptisches Erdöl kaufen und Ägypten mit landwirtschaftlichen Maschinen beliefern. Ein Einstieg Israels in die ägyptische elektrochemische Industrie ist vorgesehen, usw.

Ägypten kommt damit direkt in den Einflussbereich des israelischen Imperialismus. Von "diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen" zwischen imperialistischen und halbkolonialen Ländern haben schon immer bloss erstere profitiert. Direkte Ausbeutung und ungleicher Tausch müssen notgedrungen auf Kosten der ägyptischen Massen und Kleinunternehmer gehen. Ihre Lebensbedingungen sind katastrophal schlecht. Im Bündnis Ägyptens mit Israel können sie sich nur noch mehr verschlechtern. Die Raubpolitik des ägyptischen Regimes (Inflationsraten um die 30%, Massenarbeitslosigkeit usw.) wird jene Linie weiterverfolgen müssen, die im Jänner 1977 schon einmal zur Revolte der Massen (damals gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise) geführt hatte.

Bereits heute ziehen sich tiefe Risse durch das Regime. Zwei Aussenminister sind binnen kurzer Zeit aus Protest gegen Sadats Politik zurückgetreten - zuletzt Mohammed Ibrahim-Kamil in Camp David!

Der Sadat-Flügel hält sich zu einem grossen Teil nur mehr durch schärfste Repression gegen seine politischen Gegner - selbst gegen die inkonsequentesten - an der Macht. Die Prozesse gegen Journalisten wie Heikal, die "Gleichschaltung" der Massenmedien, wo nicht einmal die zurückhaltendste Kritik toleriert wird, brutalste Gefängnisstrafen für minimale Vergehen, sind Ausdruck der angespannten Situation in Ägypten.

Sadats 'Friedensweg' blieb vor allem in der Armee nicht unwidersprochen. Ägyptens Botschafter in Portugal z.B., Saad el-Din el-Schadli, einst Stabschef der Armee, trat zurück und forderte den Sturz Sadats. Anfangs Oktober wurden zwei führende Generäle (Ab-del Ghani Gamassi und Ali Fahmi) von ihren Posten entfernt und in den Zivilbereich 'befördert'. Unmittelbar ist der Sadat-Flügel noch in der Lage, das Militär in Schach zu halten, seine Führung zu 'säubern' und die Armee zu demobilisieren. Doch das Gleichgewicht ist äusserst labil.

Eine wichtige Stütze für das Regime sind neben der ägyptischen Grossbourgeoisie die Illusionen der ausgebeuteten Massen. Bestärkt durch eine Propagandalawine, die seit Jahren auf die ägyptische Bevölkerung hereinstürzt, erwarten sie sich durch den Vertrag mit Israel nicht nur den Frieden, sondern viel tiefer sitzt ihr Wunsch, die Lebensbedingungen zu verbessern. Im Konzept der Imperialisten und der ägyptischen Grossbourgeoisie ist dafür allerdings kein Platz übrig!

IMPERIALISTISCHE ODER FORTSCHRITTLICHE LÖSUNG IM NAHEN OSTEN?

Der Rahmenvertrag von Camp David, bzw. der endgültige Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten kann nur dann mehr als ein Fetzen Papier sein, wenn sich die reaktionären Kräfte im Nahen Osten weiter durchsetzen. Erste Voraussetzung dafür wäre eine vernichtende Niederlage des palästinensischen Widerstandes. Mit der im Libanon geplanten 'Lösung' - Teilung des Libanon, Stationierung einer französischen 'Friedenstruppe' und der fortlaufenden Liquidierung des palästinensischen Volkes - würde ihnen ein entscheidender Schritt 'vorwärts' gelingen.

Syrien und Jordanien kommen durch die konsequentere imperialistenfreundliche Politik Sadats unter starken Druck. Ohne die militärische Hilfe Ägyptens sind sie Israel hoffnungslos unterlegen.

Syriens Ablehnung von 'Camp David' war diesmal noch löchriger als in Tripolis: "Rückzug der Israeli aus allen 1976 besetzten Gebieten, volle Selbstbestimmung der Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen, Rückgabe Ost-Jerusalems" (aus 'Arbeiterkampf' Nr. 139). Genau das hatte Sadat vor Camp David auch noch gefordert. Ihm, Hussein und Assad ist die Angst vor der arabischen Revolution gemein, deren wichtigster Garant die Palästinenser sind. Die Bereitschaft, diese Revolution zu liquidieren, haben Hussein im 'Schwarzen September' 1970 und Assad mit der syrischen Invasion im Libanon bewiesen. Unter dem Druck des Imperialismus und der Stärkung Israels könnten sie mittelfristig bereit sein, ihrerseits einen Separatfrieden mit Israel zu schliessen. Nur das würde einen länger anhaltenden imperialistischen 'Frieden' im Nahen Osten garantieren!

Doch die arabischen unterdrückten Massen bleiben nach wie vor das Faustpfand der Revolution. Ihre Schlacht ist noch nicht vollends verloren. Die tatsächliche Entscheidung über die Perspektiven des Nahen Ostens liegt noch immer in den Händen der ägyptischen, syrischen, libanesischen und palästinensischen Arbeiter und Bauern. Nur eine Bewegung, die von ihnen ausgeht, kann die Verratspolitik Sadats, Assads und Husseins - und alle 'Friedens'-Verträge der Imperialisten - zunichte machen.

11. Oktober 78

Gespräch mit einem iranischen Genossen 2.Teil

PR: So wie wir die heutige Entwicklung in Iran einschätzen, läuft sie darauf hinaus, dass die bürgerliche Opposition das Schah-Regime stürzen müsste, weil das ungemein rigide Militärregime zu einer parlamentarischen Demokratie nach westlicher Muster unfähig ist. Es ist vor allen Dingen auch deshalb für den Imperialismus und für die iranische Bourgeosie wichtig, ihren ökonomischen und politischen Einfluss in Iran zu halten. Das "freie Spiel" der parlamentarischen Demokratie ermöglicht es, die kapitalistische Ökonomik voll zu entfalten. Beides würde es ermöglichen, dort zu investieren, wo sie am besten ihren Profit holen könnte ohne durch ein Militärregime eingeschränkt zu sein. Und genau das wollen grosse Kreise der bürgerlichen Opposition, ob sie sich nun in irgendeiner Art und Weise "sozialistisch" nennen oder ob sie ganz einfach "Bürgerliche" sind.

Der Weg, den die oppositionelle iranische Bourgeoisie beschreiten will, steht und fällt allerdings unserer Meinung mit der ökonomischen Potenz des Iran, die ja gerade in den letzten Jahren wieder rapide im Schwinden begriffen ist. Seine wirtschaftliche Schwäche auf dem Weltmarkt als "unterentwickeltes" Land wird auch seine Möglichkeiten, ein demokratisches Regime zu errichten, beschneiden. Wenn wir von der Möglichkeit eines bürgerlich-demokratischen Wandels im Iran ausgehen, so könnte dies doch nur eine relativ kurze Phase - entweder in Richtung proletarischer Revolution oder Konterrevolution - einleiten.

Zum Verhältnis der Kommunisten zur bürgerlichen Opposition würden wir sagen, dass wir mit ihnen, die diese Vorstellungen von einer Rückkehr zu einem funktionierenden freien kapitalistischen System hegen, in dem Punkt zusammengehen, der lautet: "Nieder mit dem Schah-Regime". Wir werden versuchen, die Kämpfe gegen das Schah-Regime zu unterstützen, die bäuerliche Bewegung, den Kampf für religiöse Freiheiten, den Kampf für die bürgerlich-demokratischen Rechte (Demonstrations-

recht, Versammlungsrecht usw.) und für die Lösung der Agrarfrage. Wir werden aber vor allem versuchen, die Massen voranzutreiben, dabei nicht stehen zu bleiben , und den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen.

PG: Die Situation in Iran ist heute so, dass die Nationale Front die führende Kraft der Oppostion ist. Ich möchte dies natürlich nicht, ich möchte, dass die besten Marxisten die Massen führen, dass die Massen marxistisch denken. Aber dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Die Linke ist gegen die Nationale Front zu schwach. Ich bin selbst nur so weit zu einem Kompromiss bereit, wie die Nationale Front bereit ist, das Schah-Regime zu stürzen.

PR: Ja, eben! Ihr interstützt sie kritisch. Das heisst, ihr seid nicht mit allen Punkten ihres Programms einverstanden, schon gar nicht mit der Errichtung der bürgerlichen Demokratie und der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, aber ihr macht mit beim militärischen Kampf gegen das Schah-Regime.

AB: Ja, weil sie gegen das faschistische Regime kämpfen. Die Gefahr ist natürlich sehr gross, dass sie nach dem Sturz, nachdem die "Freiheit" errungen worden ist, ihr eigenes bürgerliches Programm durchsetzen. Wir selbst haben unsere eigene Alternative.

PR: Würdest du einverstanden sein zu sagen, Persien ist der praktische Beweis dafür, dass ein unterentwickeltes Land durch noch so grosse Öleinnahmen nicht in der Lage ist, an den Imperialismus anzuschliessen und es unfähig ist, ohne sozialistische Revolution das Land von seiner imperialistischen Abhängigkeit zu befreien. Persien ist für uns das ideale Beispiel heute, dass solche Länder nicht an den Imperialismus anschliessen können.

AB: Mit dem, was du am Anfang gesagt hast, dass man aus unterentwickelten Ländern nicht mechanisch ein hochkapitalistisches oder hochindustrialisiertes Land schaffen kann - das auf jeden Fall. Aber ob man in diesen Ländern eine sozialistische Revolution machen kann oder nicht...

PR: Nein, ich habe vorerst einmal gemeint, dass sich die Industrie in diesen Ländern nur entwickeln kann nach einer sozialistischen Revolution, die das Land vor dem Imperialismus schützt, das Aussenhandelsmonopol errichtet usw.

PG: Der Meinung bin ich schon.

PR: Wie schätzt du den Besuch Hua Kuo-Fengs in Teheran?

AB: Wir haben einen Protestbrief gegen diese Reise geschrieben, weil er damit das Schah-Regime akzeptiert hat - und das in der Zeit, als auf den Strassen hunderte Menschen umgebracht worden sind. Das finden wir reaktionär.

PR: Noch viel schlimmer ist, dass Hua angesichts der Unruhen noch seinen Besuch verlängert, und dass nach Bekanntwerden der Verhängung des Kriegsrechtes über die wichtigsten iranischen Städte die Pekinger Nachrichtenagentur diese Meldung



Das Militär des Schah-Regimes ist - sowohl gegen die Sowjetunion, als auch gegen die arabische Revolution - eine wichtige Stütze des Imperialismus in dieser Region

kommentarlos übernommen hat. Das heisst nichts anderes, als das China der Verhängung des Kriegsrechtes zugestimmt hat.

Wie schätzt ihr die Intensität der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen den deformierten Arbeiterstaaten und dem Iran ein?

AB: Die Sowjetunion nimmt den überwiegenden Teil des iranischen Erdgases. Zusätzlich gibt es Vereinbarungen auf dem Gebiet der Stahlindustrie. So baut die UdSSR ein komplettes Stahlwerk im Iran. Es gibt - wir haben genaue Daten über wirtschaftliche Beziehungen zur UdSSR - auch zur DDR und anderen "sozialistischen" Ländern wirtschaftliche Beziehungen. Diese Fragen stehen aber momentan nicht im Mittelpunkt für die Kämpfe der Massen. Für uns Linke ist dies immer eine wichtige Frage, aber nicht für die Massen.

PR: Aber kann es nicht sein, dass für die Stärkung des iranischen Widerstandes ein Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen von Seiten der Ostblockländer und Chinas eine wichtige unterstützende Rolle spielen könnte?

AB: Diese Frage stellt sich nicht, weil diese Länder dies auf keinen Fall tun werden.

PR: Welche Solidarität können wir als österreichische Linke mit dem iranischen Widerstand leisten? In der Bundesrepublik gibt die Demonstration vom 26. 8. in Frankfurt ein sehr negatives Beispiel: Von 1100 Demonstranten waren 300 türkische Genossen und nur höchstens 150 deutsche. Am 16. 9. hat dann eine grosse Demonstration stattgefunden, an der 7000 Menschen teilnahmen. Wie können wir den iranischen Widerstand unterstützen, ohne dabei stehen zu bleiben, Artikel in unseren Zeitungen zu schreiben oder Solidaritätserklärungen abzugeben. Der springende Punkt ist für uns österreichische Linke gerade der, dass die iranischen Genossinnnen und Genossen uns in sehr wichtigen Fragen, wie z.B. im Kampf gegen den Faschismus sehr militant unterstützen, dass aber umgekehrt von der österreichischen Linken kaum ein Beitrag geleistet wird, den iranischen Genossen in ihrem Kampf zu helfen.

AB: Solidarität kann man auf verschiedene Art üben. Zum einen sind wir finanziell in einer sehr schlechten Lage, da wir von niemandem, auch nicht von den "sozialistischen" Ländern, unterstützt werden. Ein weiteres wichtiges Problem für uns ist, dass wir kaum die Möglichkeit haben, Publikationen zu veröffentlichen. Über Demonstrationen kann ich nicht viel sagen - ihr kennt ja selbst die Lage in Wien. Sicherlich wünschen wir, dass sich die österreichischen Genossinnen und Genossen mehr mit uns solidarisieren!

Zur Situation im Iran
Kommentar zum Gespräch

Wir wollen im Folgenden zu einigen Fragen, die unserer Ansicht nach in dem Gespräch mit dem iranischen Genossen unklar oder offen geblieben sind, Stellung beziehen. Dabei ist selbstverständlich: Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der iranischen Linken und ihrem Kampf gegen das Schah-Regime im Iran selber oder im Ausland. Gerade auch deshalb ist es notwendig, die Auseinandersetzung mit ihren Positionen zu Strategie und Taktik der proletarischen Revolution im Iran, dem revolutionären Programm etc. zu führen, um zu vermeiden, dass die iranische Revolution dieselbe tragische Niederlage erfährt, wie in Bolivien, Argentinien, Chile...

Wenn der iranische Genosse zu Beginn des Gesprächs feststellt, dass es Anfang dieses Jahres "innerhalb der Schiiten noch nicht die ausgeprägten Gruppierungen eines rechten mohammedanischen und eines linken Flügels gegeben hat", so sind bis heute die Differenzierungen innerhalb des Klerus und der gesamten bürgerlichen Opposition schärfer zum Ausdruck gekommen. Zum einen A. Khomeini, der inzwischen aus dem irakischen Exil ausgewiesen worden ist, und der den bedingungslosen Sturz des Schah-Regimes fordert. "Tod dem Schah ist eine islamische Parole, die alle religiösen Menschen annehmen sollten". Als wohl radikalster Vertreter innerhalb der religiösen Opposition mobilisiert er seine nicht unbedeutende, bis in die "Nationale Front" hineinreichende Anhängerschaft gegen den Schah, "der eine Politik der Imperialisten betreibt". "Heute befindet sich das Volk in der Stunde der Wahl: Den Schah wegjagen und siegen oder zerbrechen unter den Stiefeln der Folterknechte... Der Schah und seine Regierung haben sich ausserhalb des Gesetzes und militärisch gegen die Nation, die iranischen Ideen und die islamischen Prinzipien gestellt... Ich fordere das Volk auf, den Kampf mit Streiks und Demonstrationen fortzusetzen..." Dabei warnt er wie alle anderen religiösen oder bürgerlichen Oppositionsführer vor der Zusammenarbeit mit Kommunisten: "Nein, wir werden nicht mit den Marxisten zusammenarbeiten, selbst nicht um den Schah zu stürzen. Ich habe meinen Anhängern befohlen, dies nicht zu tun. Wir haben entgegengesetzte Auffassungen und wissen, dass sie uns in den Rücken fallen, und wenn sie an die Macht kommen würden, würden sie ein dem Geiste des Islams widersprechendes diktatorisches Regime errichten". Weit weniger Einfluss unter den Massen besitzen die "gemässigten" Schiitenführer, die sich zum Teil gegenüber der "neuen" Regierung, die im August eingesetzt wurde, gesprächsbereit gezeigt haben, wie z.B. S. Madari. Er besteht nicht auf dem vollständigen Sturz des Schah-Regimes, sondern ist bereit, sich mit der Rückkehr zur Verfassung von 1906, der konstitutionellen Monarchie, zufrieden zu geben. "Das Volk, nicht nur wir, fordert die strikte Anwendung der Verfassung und freie Wahlen". Er hält alle die Gesetze und Dekrete, die das Schah-Regime erlassen hat, für richtig "...die mit dem 'kanun asasi', der persischen Verfassung von 1906, übereinstimmen. Die Verfassung verlangt vom Staat, dass ein Gesetzentwurf erst dann rechtsgültig wird, wenn er sowohl vom Parlament als auch von den 5 Mudschtahidin, den dafür ausgewählten islamischen Rechtsgelehrten, gebilligt wird". Die "Nationalfront" umfasst ca. 10 bürgerliche Parteien, die sich zum Teil auf den ehemaligen Ministerpräsidenten M. Mossadegh berufen. Dieser hatte mit Unterstützung einer breiten Massenbewegung die Nationalisierung der Erdölindustrie versucht, wurde aber 1953 durch einen Militärputsch mit Hilfe des CIA, der den heutigen Schah an die Macht brachte, niedergeschlagen. Dominiert wird aber heute die "Nationalfront" zum Teil durch ihren rechten Flügel, der nicht nur die Rückkehr zur Verfassung von 1906 fordert, sondern sich direkt beim Imperialismus als bürgerliche Alternative zum Schah-Regime anbiedert. So formuliert D. Forouhar: "Die Regierung versucht, die Vereinigten Staaten und die ganze Welt zu überzeugen, dass Demokratie im Iran Anarchie bedeutet... Das Volk soll auf der Hut sein, dass die Regierung seinen Kampf um Freiheit und Demokratie nicht manipuliert". Wir müssen heute feststellen, dass es diesen verschiedenen religiösen und bürgerlichen Strömungen innerhalb der Opposition gegen das Schah-Regime gelungen ist,

sich einen nicht unbedeutenden Einfluss unter den iranischen Massen zu verschaffen, so dass gerade sie es waren, die seit Anfang dieses Jahres mit ihren Forderungen die Bewegung gegen das Schah-Regime mobilisierten. Gerade angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Bauern alle ihre demokratischen Illusionen in diese Parteien und Gruppierungen haben, stellen sich die Revolutionäre in die gemeinsame Front gegen das Schah-Regime, ohne aber jedoch ihre politische wie organisatorische Eigenständigkeit, ohne auf den Kampf für den Sozialismus zu verzichten. Sie müssen die Parole "Nieder mit dem Schah-Regime" unmittelbar verbinden mit der Forderung nach freien Wahlen zur konstitutionellen Versammlung. Erst hier, wenn die bürgerlichen und reformistischen Parteien ihre Politik entfalten können, ohne dass die Bourgeoisie bereits eine ihr adäquate Herrschaftsform gefunden hat, werden die Massen erfahren können, ob die bürgerliche Opposition, die reformistischen Strömungen bereit sind, mit dem Imperialismus zu brechen oder nicht. Voraussetzung ist allerdings der unbedingt notwendige Aufbau von eigenständigen Arbeiter- und Bauernkomitees, die den Kampf für Landreform, für die Rechte der unterdrückten Minderheiten und die Enteignung der Industrie etc. aufnehmen. Diese Phase wird entscheidend für die politische Entwicklung des Iran sein: Entweder zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung oder zur vollständigen Niederlage der iranischen Revolution.

Wenn der iranische Genosse davon spricht, dass es momentan keine Gruppierung innerhalb der religiösen oder politischen Opposition gibt, die die Interessen des Kleinbürgertums formulieren, "Die Bauern sind zur Zeit ohne Führung", so müssen wir dies mit den Aussagen A. Khomeinis und auch S. Madaris konfrontieren:

- "Der Schah hat unsere Wirtschaft zerstört und die Erdöleinkünfte - den Reichtum der Zukunft - verschleudert mit den Einkäufen von Wegwerf-Waffen zu exorbitanten Preisen. Dies schadet der Unabhängigkeit des Iran." (A. Khomeini)
- "Unsere Landwirtschaft ist zerstört, eine Landwirtschaft, deren Produkte vor 23 Jahren noch unsere Bedürfnisse überschritten und die wir daher ausführen konnten. Nach eigenen Angaben des Premierministers, die dieser vor 2 Jahren gemacht hat, importiert der Iran 93% der Lebensmittel, die er verbraucht. Dies ist das Resultat der Landreform des Schah." (Khomeini)
- "Nein, eine Bodenreform, die den armen Bauern hilft, begrüssen wir. Wir wenden uns gegen ein System von Parzellenbesitzern, die ohne Geld, Geräte und Ausbildung gar nicht in der Lage sind, ihren Boden zu bewirtschaften. Das steht übrigens so schon im Koran." (S. Madari)

Genau hier ist unserer Ansicht nach eine der wichtigen Ursachen für den grossen Einfluss der religiösen und bürgerlichen Opposition unter den Massen angezeigt. Erst deshalb, weil sie auch die ökonomischen Interessen der Bauern und des städtischen Kleinbürgertums - man erinnere sich nur der Streiks der 'basaris' gegen die Überflutung des Iran mit billigen, im Ausland produzierten Waren, die ihre ökonomische und soziale Existenz vernichten - vertreten, gelingt es ihnen, die riesigen spontanen Demonstrationen zu organisieren.

Die historischen Erfahrungen, nicht nur der russischen, sondern auch der chinesischen, wie jeder anderen Revolution zeigen positiv wie negativ, die ungeheure Wichtigkeit des Programms der Nationalisierung des Bodens und der Kollektivierung der Landwirtschaft, mit dem die Arbeiterklasse die Bauernschaft zum revolutionären Bündnis gewinnen und sie so den verschiedensten bürgerlichen Strömungen entreissen kann. "Solange der Bauer ein 'unabhängiger' Kleinproduzent bleibt, braucht

er billige Kredite, erschwingliche Preise für Landmaschinen und Dünger, günstige Transportbedingungen, eine reelle Organisation für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Doch die Banken, die Trusts und die Kaufleute (im Iran besonders die gesamte staatliche Verwaltung des Schah-Regimes, Anm. d. Verf.) plündern die Bauern von allen Seiten. Nur die Bauern selbst können mit Hilfe der Arbeiter diesem Raub Einhalt gebieten. Es ist notwendig, dass Ausschüsse der Kleinbauern gebildet werden, die gemeinsam mit den Arbeiterkomitees und den Ausschüssen der Bankangestellten die Kontrolle der Transport-, Kredit- und Handelsoperationen in die Hand nehmen, die die Landwirtschaft betreffen." ('Übergangsprogramm')

Wir verstehen, dass gerade unter der Herrschaft des Schah-Regimes Informationen über die Unterdrückung nationaler Minderheiten, über die Geschichte ihrer Unterdrückung, ihrer vergangenen und heutigen Kämpfe nur sehr spärlich ins Ausland gelangen können. Trotzdem halten wir die Einschätzung, die uns der iranische Genosse gibt, für zu oberflächlich. Richtig: "Die Menschen in Täbriz haben seit jeher an den Kämpfen teilgenommen und sind von daher bewusster". Der ungeheuer mutige Widerstand der Bevölkerung gegen das Schah-Regime, wie er nicht nur am 18/19. Februar dieses Jahres zum Ausdruck gekommen ist, hat jedoch nicht irgendwelche in der Seele der Massen verborgenen "psychologischen" Ursachen, sondern ist Anzeichen für den unmittelbaren Zusammenhang der proletarischen Revolution mit dem Kampf gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten. Die Kämpfe der türkischen Minderheit in Azerbaijan können stellvertretend stehen für den Kampf der Kurden, Baluchis und der arabischen Minderheit. Bereits kurz nach dem Beginn der "ersten" oder "konstitutionellen Phase der iranischen Revolution", 1906 - 1912, nahm die Bevölkerung von Täbriz und der umliegenden Region Azerbaijan eine führende Rolle in der Verteidigung der erkämpften demokratischen Errungenschaften ein, die schliesslich Mohammed Ali Shah zwangen, seinen Premierminister und Bluthund Aynddoleh nach Täbriz zu schicken, um die Bevölkerung zu 'bestrafen'.

1941 begann erneut der Kampf der Massen in dieser Region unter der Führung der "Demokratischen Partei Azerbaijans", die sich auf die Mehrheit der Arbeiter und Bauern stützen konnte, für ihre nationalen und demokratischen Rechte; die "Demokratische Republik Azerbaijan" wurde errichtet. Die Bevölkerung erhielt alle ihre nationalen, religiösen und sozialen Freiheiten, so wurde unter anderem der örtliche türkische Dialekt zur offiziellen Sprache erklärt. 1946 marschierten die Truppen Reza Schahs wiederum in Täbriz ein. Vorausgegangen waren Geheimverhandlungen zwischen der stalinistischen Moskau-Bürokratie mit dem damaligen Premierminister Reza Schahs, Quavam, über Erdölkonzessionen in Azerbaijan hinter dem Rücken der Republik Azerbaijan. Die Tudeh, bereits damals voll und ganz ihrem Herrn in Moskau hörig, trat in das Kabinett Qavam ein. Das Regime nützte diese Spaltung, um die demokratische Bewegung in Azerbaijan in einem unermesslichen Massaker zu ersticken. Wie früher wurden die zweisprachigen Schulen geschlossen, der Bevölkerung die Verwendung ihrer türkischen Sprache verboten und jede Regung nationaler Eigenständigkeit in Bezug auf Politik, Kultur und Religion untersagt und mit schärfster Verfolgung bestraft. Noch einmal, 1952, erhoben sich auch in Azerbaijan die Massen für die Nationalisierung der Erdölindustrie und brachten 1952 M. Mossadegh an die Regierung. Am 19. August 1953 bereitete der Militärputsch, der mit Hilfe des CIA vorbereitet und durchgeführt wurde, diesem ein Ende. Dass es trotz der jahrzehntelangen ungeheuren Repression des Schah-Regimes nicht gelungen ist, die Autonomiebestrebungen der nationalen Minderheiten zu erwürgen, zeigen die Ereignisse von 1963 und nicht zuletzt die vom Februar dieses Jahres. Wie gross der Widerstand gegen das Schah-Regime in dieser Region ist, lässt sich unter anderem daran ermessen, dass sich die in Täbriz ständig stationierten Truppen nicht nur geweigert haben, auf die Demonstranten zu schiessen, sondern vereinzelt ihre Waffen auf die Offiziere, die die Schiessbefehle erteilten, gerichtet haben. Der Kampf der unterdrückten türkischen Minderheit in Azerbaijan kann und wird von ungeheurer Bedeutung werden, weil er gegen die Unterdrückung und Repression - also unmittelbar gegen das Schah-Regime - gerichtet ist, weil er Auslöser für den Kampf anderer unterdrückter Minderheiten sein wird, weil sich in ihm Bauern, städtisches Kleinbürgertum und Intellektuelle einen und schliesslich, weil einzig und allein im Bündnis mit der iranischen Arbeiterklasse sich die unterdrückte Minderheit von dem Joch des Schah-Regimes befreien kann. Erst der siegreiche Kampf der Arbeiterklasse wird es ihr ermöglichen, voll und ganz ihre nationalen, kulturellen und sozialen Interessen wahrzunehmen!

Abschliessend noch eine Bemerkung zu der Stellungnahme, die der iranische Genosse über die Tudeh, die moskauorientierte kommunistische Partei des Iran, gegeben hat. Für uns ist es wichtig, eine unter den gegebenen schwierigen Bedingungen so genau wie mögliche Einschätzung der iranischen Linken zu haben. Gegenüber dem für den siegreichen Ausgang der iranischen Revolution entscheidenden Einfluss ihres Stärkerwerdens und der Entwicklung korrekter, auf dem Boden des Bolschewismus stehender Strategie und Taktik, sind unserer Ansicht nach, Feststellungen, wie die des KB, dass die iranische Linke schwach und sektiererisch ist, nichts anderes als billiger Zynismus. Gerade die europäische Linke sollte sich angesichts des aufstrebenden Polizeistaates in der BRD mehr Gedanken zu den Schwierigkeiten, die die iranische Linke in ihrem Entstehungsprozess, der Entwicklung und Diskussion politischer Linien und der Umsetzung in die Praxis machen können.

Der iranische Genosse stellt fest: "Sie (die Tudeh, Anm. d. V.) hat in den Massen, auch im Industrieproletariat, im Gegensatz zu früher, nur sehr wenig Einfluss. Sie ist total abhängig von der Sowjetunion." Nach dem Bericht des AK 138 dürfte sie gerade in letzter Zeit unter der Bevölkerung an Einfluss gewonnen haben und ihr seit 1951 ausgesprochenes Verbot in der Illegalität organisatorisch einigermassen gemeistert haben. Dies tut jedoch in keiner Weise der Tatsache Abbruch, dass sie eine vollkommen reformistische, gegenüber der bürgerlichen Opposition gegen das Schah-Regime opportunistische und von der Sowjet-Bürokratie abhängige Politik betreibt. Leider sind uns Äusserungen der Tudeh im Iran selbst nicht bekannt, aber ein Interview in der 'Volksstimme', (dem österreichischen KP-Organ) mit A. Fery, einem Funktionär der nationalen Leitung der Jugend der Tudeh, vom 8.10. ist ebenso aufschlussreich: "Wir haben uns in den letzten Jahren immer bemüht, eine Einheitsfront der demokratischen Kräfte zu bilden. Auch in diesen Tagen haben wir den Appell an alle Kräfte der Opposition erneuert, um eine Koalition gegen das Regime zu bilden und um eine demokratische Regierung zur Wiederherstellung der Freiheit zu bilden. In unserem letzten Appell haben wir auch unsere Forderungen an diese Koalition gestellt: Bildung der Republik, einer repräsentativen Regierung aller oppositionellen Kräfte, die alle politischen Gefangen befreit, die Geheimpolizei Savak auflöst und freie Wahlen ausschreibt. Im Bereich der Aussenpolitik fordern wir Neutralität und die Ausweisung der US-Berater. Es ist also noch kein antikapitalistisches Programm, aber die Voraussetzung, um dann weiter zu gehen."

Dass sich nicht nur die Geschichte, sondern auch ihre Fehler wiederholen, trifft - wie wir sehen - insbesondere auch auf den Stalinismus zu. Hier wird der eigenständige Kampf der Arbeiter und Bauern vergessen zugunsten des Bündnisses mit bürgerlichen Strömungen, die nicht nur verbal gegen Kommunisten vorzugehen bereit sind, hier wird die "bürgerlich-demokratische Etappe" gepredigt, die gerade der Bourgeoisie alle Möglichkeiten in die Hand gibt, gegen den Kampf der Arbeiter und Bauern vorzugehen, hier wird die nationale "Neutralität" beschworen, ohne zu bedenken, dass wir in einer Epoche leben, in der der bürgerlichen Strömung die fremde Bourgeoisie in dem Moment viel näher ist, wenn ihr der Kampf des Proletariats zu eng auf den Pelz rückt. Was wir hier vor uns haben, ist das für den Stalinismus typische Programm der Klassenkollaboration und des Klassenverrats, dessen tragisches Ende wir bereits in China 1927, Spanien 1938, Chile 1973 erleben konnten.

NACHBEMERKUNG

Wir werden in der nächsten Ausgabe unseres Zentralorgans zu der Frage des Charakters einer möglichen iranischen Revolution, ob proletarische Revolution oder Militärputsch, der Frage, ob es im Iran eine "eigenständige nationale Bourgeoisie" gibt oder nicht und den Positionen der iranischen "extremen" Linken, insbesondere der Volksfedayin, eingehen.



Chile:

5 Jahre Konterrevolution!

11. September 1973 = 7.57 Uhr: Präsident Allende ruft die Arbeiterklasse zur Mobilisierung auf. Die Militärs verlangen seinen Rücktritt. Allende weigert sich. Er bleibt im Regierungspalast 'La Moneda' und stellt sich den Militärs zum aussichtslosen Kampf. Allende wird ermordet. Zehntausende Arbeiter, die seinem Ruf durch den Rundfunk gefolgt sind, besetzen die Fabriken und funktionieren sie zu Widerstandsnestern um. Es gibt keine zentrale Führung, die Aktionen sind unkoordiniert, die kämpfenden Arbeiter auf sich alleine gestellt. Sie zahlen als erste für die pazifistische und auf den Parlamentarismus ausgerichtete Politik der UP-Regierung. In der Textilfabrik Sumar fallen 500 Arbeiter im Bombenhagel. 20.000 Arbeiter(innen) werden von den Militärs in wenigen Tagen ermordet.
Im Inneren finden die Militärs vorerst die Unterstützung grosser Teile der Mittelschichten vor. Die Christdemokratische Partei (CPD) begrüsst den Putsch. Die Kirche stellt sich grossteils hinter die Junta. Die imperialistischen Staaten sind die anderen wichtigen Träger der Militärdiktatur. Die Machenschaften des amerikanischen Geheimdienstes CIA und der US-Regierung als auch die Intervention der internationalen Konzerne sind schon längst auch von bürgerlicher Seite bewiesen. So schreibt Quimica Hoechst, Santiago, in einem Brief vom 17. September 1973 an die Hoechst-Zentrale in Frankfurt am Main: "Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Wir sind der Ansicht, dass das Vorgehen der Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und dass es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein."

Fünf Jahre danach sieht sich die Junta einer zunehmenden Isolation gegenüber. Viele Klein- und Mittelbetriebe gingen bankrott. Die Einkommen der Selbständigen wurden durch enorme Inflationsraten entwertet. Die Junta wiederum lehnte jeden staatlichen Eingriff in die Wirtschaft ab, sodass die Klein- und Mittelbetriebe der übermächtigen internationalen Konkurrenz hilflos ausgeliefert waren.

Dieser wirtschaftliche Niedergang führte auch zu einer Distanzierung des Kleinbürgertums von der Junta. Die Christdemokratische Partei - Proponent des Kleinbürgertums - wurde von der Junta verboten. Anfangs wurde auf die CPD nur verbaler Druck ausgeübt. Später wurden ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen, wie z.B. der Abgeordnete Uepe und Dutzende Leiter von Bezirks- und Provinzorganisationen.
Auch auf internationaler Ebene steigert sich der Druck auf die Militärs. Die USA (!) brachten gemeinsam mit Kuba und Schweden am 16. Dezember 1977 vor dem Forum der 32. Vollversammlung der UNO eine Resolution ein, die die Junta der fortgesetzten Missachtung der Menschenrechte anklagte. 99 Länder (darunter ausser Spanien alle Länder Europas) billigten diese Resolution. Die Junta wurde übrigens am 16. Dezember zum vierten Male von der UNO verurteilt. Weiters beschloss der US-Kongress 1976, keine Waffen mehr für die Militärs zu liefern. Das FBI und die US-Staatsanwaltschaft ermittelten gegen den Chef und andere führende Mitglieder der (mittlerweile zur CNI umbenannten) chilenischen Geheimpolizei DINA wegen des in den USA vom DINA-Agenten Townley ermordeten ehemaligen Aussen- und Verteidigungsminister der Unidad Popular - Orlando Letelier. Der Exgeheimdienstchef und General a.D. Manuel Contreras, der ehemalige Operationschef und Oberstleutnant Espinoza Bravo, sowie der ehemalige Einsatzleiter und Hauptmann Fernandes Larios stehen unter Hausarrest, weil ein amerikanischer Staatsanwalt ihre Auslieferung wegen "Anstiftung zum Mord" verlangte. All diese Ereignisse dürfen jedoch nicht überschätzt werden. So haben z.B. 1977 die USA Pinochet trotz des 1976 beschlossenen Waffenembargos mit Waffen im Werte von 57 Mio. Dollar versorgt. Die BRD half mit 3.000 Boden-Boden-Raketen aus und ergänzte diese Lieferung mit dem Bau einer Fabrik für Raketenausrüstungen. Frankreich beteiligte sich an diesem Waffengeschäft mit dem Verkauf von 30 Kampfhubschraubern vom Typ "Lama". Die imperialistischen Staaten spielen auf zwei Klavieren. Während sie still und leise die Militärs mit Bürgerkriegswaffen versorgen, bereiten sie (weniger still) eine neue Variante ihrer Herrschaft vor, jene der allmählichen "Demokratisierung" der Diktatur, um den steigenden Unmut weitester Teile der Bevölkerung im erforderlichen Augenblick in geordnete Bahnen lenken zu können.
Diese Vorsichtsmassnahme der imperialistischen Staaten ist notwendig, denn die Junta hat sich durch ihre Politik jede soziale Basis in Chile entzogen. Da steht zum einen ihre Wirtschaftspolitik. Zwar geht es seit dem Katastrophenjahr 1975 wirtschaftlich wieder 'bergauf', doch es ist den Militärs nicht gelungen auch nur eines der grossen Probleme der chilenischen Wirtschaft zu lösen.

Die Auslandsschulden betrugen 1977 nach offiziellen Angaben der chilenischen Behörden mehr als 6,4 Milliarden Dollar. Das sind 59% der Gesamtausfuhr. Die Handelsbilanz weist ein Dezifit von 217 Mio. Dollar auf. Durch die Aufhebung der Aussenzölle hat die Junta günstigste Bedingungen für die internationalen Konzerne geschaffen. Die Einfuhren sind sprunghaft angestiegen. Die inländische Industrie wird von der internationalen Konkurrenz erdrückt. Es kommt deswegen zu einer verstärkten wirtschaftlichen Konzentration, da nur die stärksten Unternehmungen diesem Druck standhalten können. Die USA profitiert von diesen 'Freiheiten' am meisten. 1976 bestritt sie 32% des nach Chile eingeführten Güterhandels. Gefolgt von Argentinien mit 11% und Saudi-Arabien mit 5%.
Andererseits jedoch sind die imperialistischen Länder nicht bereit, langfristige Investitionen zu tätigen, obwohl die Diktatur ihnen schon allein durch ihre Existenz günstige Bedingungen bietet. Die internationalen Konzerne begnügen sich damit, den chilenischen Markt durch die Einfuhr von Waren zu beherrschen. So ist es bezeichnend, dass z.B. die USA in den 4 Jahren nach dem Putsch nur 50 Mio. Dollar investiert haben. Im gleichen Zeitraum investierte das US-Kapital 3,7 Milliarden Dollar in Brasilien, 1,6 Milliarden in Peru, 1,3 Milliarden in Mexiko. Diese Reserviertheit macht der Junta einen Strich durch die Rechnung. Denn von Anfang an hatte sie mit hohen Auslandsinvestitionen spekuliert, deretwegen sie nicht einmal zugunsten der von den Grosskonzernen und vom Ruin und Bankrott bedrohten inländischen Klein- und Mittelunternehmen interveniert hatte. Wie sehr die Militärs auch heute noch mit Investitionen rechnen, zeigte sich in einem Interview mit dem chilenischen Botschafter Rodriguez Veliz in Wien: "Chile ist gesundet. Die innere Sicherheit ist gewährleistet. Unsere vordringlichste Arbeit ist getan. Jetzt wollen wir der Welt zeigen, dass wir zur Normalität zurückkehren wollen. Unsere Bemühungen werden langsam honoriert. Ein Beispiel: Wir waren bemüht die Wirtschaft unseres Landes zu sanieren. Heute ist Chile kein Risikoland mehr für ausländische Kapitalinvestitionen. Auch in Österreich hat man das erkannt. Soeben wurde in Santiago von der österreichischen Bundeswirtschaftskammer, eine Aussenhandelsstelle eröffnet mit der Aufgabe, die Interessen der österreichischen Investoren zu wahren und weitere Investitionsmöglichkeiten zu erkunden". Wie notwendig die Junta Kapitaleinfuhren braucht, lässt sich auch vom Index der Industrieproduktion ablesen. Die Industrieproduktion hat sich zwar in den letzten 3 Jahren (1975-1977) kontinuierlich gesteigert, sie liegt jedoch noch immer unter den Werten, die die UP-Regierung in ihren drei Jahren erzielt hat. Einzig und allein im Bereich der Inflation gelang es der Junta grössere Detailerfolge zu verbuchen. Im Jahre 1977 sank die Inflationsrate erstmals unter die Hundertergrenze auf 63,5%. Im Vorjahr 1976 betrug die Inflation vergleichsweise noch 174,3%.
Diese partielle wirtschaftliche 'Erholung' darf nicht täuschen. Die wirtschaftliche Situation der Junta ist noch immer bei weitem schlechter als jene der UP-Regierung in ihrem schlechtesten Jahr - 1973 bis zu ihrem Sturz im September. Und das, obwohl die Junta von den imperialistischen Staaten grosszügige finanzielle Unterstützung erhält. Der Internationale

Währungsfonds beschloss 1975, der Junta einen Kredit von 169 Mio. Dollar zur Verfügung zu stellen. Wenige Monate später gewährte derselbe Fonds neuerlich einen Kredit von 95 Mio. Dollar. Die USA 'subventionierten' die Junta 1975 mit einer Rekordhöhe an Krediten von 627 Mio. Dollar. Insgesamt hatte die Junta bis 1976 ca. 2 Milliarden Dollar an Krediten erhalten. Die Militärs sind extrem abhängig vom Gutdünken der imperialistischen Regierungen und den Plänen der internationalen Konzerne.

Denn im Inneren hat die Junta bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Der Arbeiterklasse wurde von Anfang an das Mark aus den Knochen gesogen. Die Reallöhne lagen im Vorjahr um ein Drittel unter den Werten im Zeitraum von 1970 - 1.9.1973. Angesichts einer gallopierenden Inflation bedeutet dieser jahrelange Reallohnschwund totale Ausplünderung der Arbeiter. Verbunden mit der ständigen Gefahr der Arbeitslosigkeit zog dies die Verelendung der Arbeiterklasse nach sich. So betrug z.B. die Arbeitslosigkeit in Gross-Santiago, in dem 1/3 der 10,8 Millionen zählenden Bevölkerung Chiles leben, 1977 im Jahresdurchschnitt 13,2%. Ebenso wurden sämtliche Sozialleistungen von der Junta bereits bei ihrem Machtantritt gestrichen. Selbstverständlich sind alle Organisationen und Institutionen der Arbeiterbewegung verboten geblieben. Das zwingt die Arbeiter jeden Widerstand, jede Aktion illegal vorzubereiten und aufgrund der Repression der Militärs ihre Existenz auf's Spiel zu setzen. Die Junta kann die Arbeiter nicht mehr nach dem Prinzip der Lohnkürzungen und Geldentwertungen ausplündern. Was sie heute mehr denn je braucht, sind Investitionen zur Erneuerung und Modernisierung der Industrie.
Zum anderen ist es ihr heute nicht mehr so uneingeschränkt möglich, wie in der Zeit nach dem Putsch, den Arbeitern ihre Bedingungen zu diktieren. Langsam aber kontinuierlich formiert sich der Widerstand im Untergrund und gerade in diesem Jahr hat es erstmals eine Reihe von offen ausgetragenen Arbeitskonflikten gegeben. Die Krise der chilenischen Wirtschaft ist der Nährboden und der Garant dafür, dass sich der Widerstand gegen die Junta weiter organisieren und breitere Teile der Bevölkerung erfassen wird.

Im 5. Jahr nach dem Putsch hat sich der Widerstand gegen die Diktatur zweifellos intensiviert. Auch Teile des Bürgertums nehmen gegen die Militärs Stellung. Die verbotene Christdemokratische Partei, die das Sammelbecken der unzufriedenen Bourgeois ist, macht sich bereit für eine mögliche Regierungsbeteiligung in den nächsten Jahren. Zumindest fordert sie, eine solche gemeinsam mit den Militärs bilden zu können. Die oppositionelle Bourgeoisie und die enttäuschten Mittelschichten beginnen bereits, für den Übergang zur Demokratie Lärm zu schlagen. Dabei kommt ihnen die wesentlich konziliantere Haltung der Militärs entgegen. Die bürgerliche Opposition besitzt mehr Rechte und Freiheiten als die Arbeiterklasse. Sie riskiert wesentlich weniger, demonstriert sie auf der Strasse. So ist es auch kein Wunder, dass anlässlich des Referendums die meisten Demonstrationen die bürgerliche Opposition organisierte. Unter den Rufen "Chile Si - Junta No" demonstrierten tausende Oppositionelle von Christdemokraten bis zu Aktivisten der Arbeiterorganisationen. Zum ersten Mal seit dem Putsch kam es zu regierungsfeindlichen Demonstrationen. Das Referendum brachte zwar 75% Ja-Stimmen für Pinochet und 20% Nein-Stimmen. Doch dieses Ergebnis ist im Endeffekt bedeutungslos, brauchte doch dieses Regime unbedingt einen, wenn auch manipulierten, Erfolg. So verfügte die Junta z.B. 2 Wochen vor der Abstimmung den Belagerungszustand. Die Stimmzettel waren durchsichtig. Den Wählern wurde bei der Stimmabgabe die Fingerabdrücke abgenommen.



Am 1. Mai kam es auch erstmals zu organisierten Aktionen der Arbeiterklasse. Die verbotene Gewerkschaft CUT bereitete mehrere Demonstrationen vor und lud auch Vertreter der niederländischen Gewerkschaften nach Santiago ein. Die Junta reagierte hart. Die niederländischen Gewerkschafter wurden 24 Stunden festgehalten und dann des Landes verwiesen. 600 Teilnehmer an 1. Mai-Demonstrationen wurden verhaftet. Polizei- und Militäreinheiten wurden gegen die Demonstranten eingesetzt. Die Arbeiterklasse hat trotz partieller Aufweichung des Regimes unter der Brutalität der Militärs zu leiden. Sie ist nach wie vor der Hauptadressat der Repression und politischer Verfolgung.

Einige Wochen nach dem 1. Mai besetzten mehrere Gruppen von Familienangehörigen politischer Gefangener 4 Kirchen Santiagos und die Zentrale des Roten Kreuzes und begannen einen unbefristeten Hungerstreik. Zweck dieser Aktion war es, die Junta zu verpflichten, sich um das Schicksal der verschwundenen Gefangenen zu kümmern. In Verhandlungen mit der Kirche erklärten dann die Militärs sich mit den international anerkannten Fällen (insgesamt 618) verschwundener Gefangener zu beschäftigen. Daraufhin wurde der Hungerstreik abgebrochen. Bei aller Solidarität mit dieser Aktion müssen wir jedoch ganz klar erkennen, dass die Stossrichtung - die Verpflichtung der Militärs - in keiner Weise geeignet ist, die Junta irgendwie zu schwächen und gleichzeitig den verschwundenen Genoss(inn)en tatsächlich zu helfen.

Doch der Widerstand gegen die Junta hat sich über diese Aktion hinaus fortgesetzt. Die Arbeiter der Kupfermine von Cuquicamata kämpfen bereits seit mehreren Monaten um höhere Löhne. Die Militärs haben über dieses Gebiet den Belagerungszustand verhängt und die dort stationierten Militäreinheiten verstärkt. Auch die Arbeiter der Eisenhütten in Huachipato haben begonnen, um bessere Lebensbedingungen zu kämpfen.
Diese Steigerung der Klassenkämpfe ist der Beginn einer neuen Entwicklung in Chile. Ein Beginn, der sich allmählich vollziehen wird. Denn trotz der zunehmenden Isolierung der Junta im Inneren und international, bleiben die Repression, die unzähligen Morde, die militärische Stärke, die Unterstützung durch die Imperialisten, für die Junta, sowie die fatalen Konsequenzen der Niederlage vom 11. September 1973 für dei Arbeiterklasse nach wie vor bestehen.
Die chilenischen Genoss(inn)en kämpfen unter Einsatz ihres Lebens gegen die Diktatur. Unzählige von ihnen verschwinden in geheime Lager der Junta, die nirgendwo offiziell aufscheinen und zumeist das Todesurteil bedeuten. International werden 618 verschwundene Genoss(inn)en registriert. Die tatsächliche Zahl dürfte sich jedoch nach mehreren Quellen des Widerstandes um 2.500 (!) bewegen.
Der Sturz der Junta ist leider noch nicht aktuell. Derzeit bemühen sich die ver-

schiedenen Parteien um den Aufbau einer Widerstandsfront.
Die KP-Chile hat aus der Niederlage nichts gelernt. Ihr Ziel ist es nur, ein Bündnis mit den Christdemokraten herzustellen, d.h. die auf dem Papier noch bestehende Unidad Popular um die CPD zu bereichern. Zwar registriert die KP in einer Einschätzung der CDP deren zwiespältige Haltung zur Diktatur. Zugleich jedoch stellt sie fest: "Unserer Überzeugung nach festigt sich in den Reihen der CPD jene Haltung, die den Interessen der grossen Mehrheit ihrer Mitglieder und Sympathisanten entspricht..., nämlich die Partei in Opposition zum Faschismus zu stellen." Die KP beschwört die Aktionseinheit mit der CPD, weiss sie doch, "dass jedesmal, wenn es uns gelingt, gemeinsame Aktionen zu setzen und in wichtigen Fragen eine Einheit zu erreichen, Land und Volk daraus konkrete Vorteile ziehen." "Die durch die Führung der CPD verschuldete Teilnahme an der unvernünftigen (? !) Opposition gegen die Volksregierung" beweist schliesslich diese These, insoferne als die "sektiererischen Kreise... in der Führung der CPD" sich nicht nur gegen Marxisten, sondern auch gegen Christen wandten.

Demzufolge ist es nur konsequent, wenn die KP der CPD vorschlägt, an einer antifaschistischen Front mitzuwirken, "die alle Männer, Frauen und Jugendliche unseres Landes erfasst und imstande ist, die Diktatur zu stürzen, die Demokratie zu erneuern und mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes neuerlich den Weg revolutionärer Umgestaltungen einzuschlagen."

Damit befindet sich die KP mit einem Teil der SP - jener mit Altamirano an der Spitze - in Übereinstimmung. Die antifaschistische Front als auch die nächste UP soll die Christdemokraten miteinbeziehen.

Demgegenüber verhalten sich die Christdemokraten ablehnend. So hat sie das Angebot einer antifaschistischen Front bereits ausgeschlagen. Sie richtet sich vielmehr auf eine zivil-militärische Regierung aus. Sie weiss, dass der Übergang von Diktatur zur Demokratie nur durch Übergangsregierungen unter Mitwirkung der Militärs vollzogen werden darf, andernfalls für eine revolutionäre Entwicklung Tür und Tor geöffnet wäre. Die CPD vertritt klar das Konzept der Demokratisierung der Diktatur. In diesem Punkt ist sie sich mit der Junta bis auf die Frage des Zeitpunktes einig. So hat Pinochet Mitte September dieses Jahres seine Vorstellungen über eine Rückkehr zur Demokratie etwas präzisiert. 1979 möchte er wieder ein Referendum durchführen, diesmal über eine neue Verfassung, die von einer Regierungskommission ausgearbeitet wurde. Nach weiteren 6 Jahren - als Übergangsperiode verstanden - sollen 1985 die ersten Kongress(=Parlaments)-Wahlen stattfinden.
Die CPD strebt einen schnelleren Übergang zur Demokratie an. Dabei trifft sie sich mit dem zu Pinochet oppositionellen Junta-Mitglied und Fliegergeneral Gustavo Leigh.

Von einiger Bedeutung ist die Differenzierung, die sich innerhalb der SP-Chile vollzogen hat. Ein Teil der SP hat nach dem Militärputsch Selbstkritik geübt, insbesondere die Politik der Klassenzusammenarbeit betreffend. Diese Strömung, die sich SP-CNR nennt, kritisiert die UP auf einer grundsätzlicheren Ebene wie z.B. in ihrer Kritik an der Strategie des friedlichen Weges zum Sozialismus.
Die SP-Chile hat sich also in zwei Organisationen gespalten. Diese Schwächung des reformistischen Lagers ist zweifellos eine wichtige Änderung im Lager der Arbeiterbewegung. (Eine genauere Auseinandersetzung mit der CNR erfolgt in unserem 'Theoretischen Organ' Nr. 6.)
Allerdings haben die Reformisten in der Arbeiterbewegung nach wie vor das Übergewicht. Sollte sich das im Laufe des Kampfes gegen die Diktatur nicht ändern, dann sind die Zeichen klar auf eine Wiederholung der UP gestellt. KP und SP sind sich darüber einig. Heute die antifaschistische Front - Morgen die Unidad Popular! Die Diskussion in der extremen Linken Chiles über Alternativen zu den reformistischen Projekten von SP und KP muss der Grundstein einer zukünftigen Änderung der politischen Kräfteverhältnisse - sei es im ausländischen Exil, sei es in Chile - werden!



Prozeß gegen G.W.

Am 13.10. fand die dritte Verhandlung im Berufungsverfahren des Antifaschisten G.W. statt. War bei der letzten Verhandlung am 21. September kaum ein solidarisches und aktives Interesse in der fortschrittlichen Öffentlichkeit zu bemerken, kamen nun am 13. Okt. immerhin mehr als 30 Antifaschisten zu diesem Verfahren. Ein wesentlicher Grund für diesen erfreulichen Fortschritt war das Zustandekommen einer Aktionseinheit mehrerer Organisationen, darunter auch der IKL und der AG Faschismus, die auf dieses Verfahren durch ein gemeinsames Flugblatt rechtzeitig aufmerksam machten.

Die Faschisten der ANR fuhren mit einem weiteren Belastungszeugen - den Jus-Studenten Neidhart - auf, der - selbstverständlich aus nächster Nähe (1 Meter !) - gesehen haben wollte, wie Antifaschist G.W. das Nasenbein seines Kameraden Küssel mit einem Klappsessel beschädigte. Seltsamerweise fiel ihm jedoch trotz seines verblüffend präzisen Erinnerungsvermögens und seiner geringen Distanz zum Tatplatz eines nicht auf: nämlich eine blutende Verletzung im Gesicht des angeblichen Täters G.W., die ihm kurze Zeit vorher durch den Faschisten Fehringer zugefügt worden war. Dabei hatte sogar die Polizei diese Verletzung behördlich registriert. Ein Faux-pas mehr, der sich von den Aussagen der anderen ANR-Zeugen nicht besonders abhebt.

Die Verteidigung machte drei Zeugen namhaft, die vom Gericht einvernommen wurden. Alle drei Zeugen konnten bestätigen, daß der Angeklagte G.W. zum fraglichen Zeitpunkt der Verletzung des Nazi Küssel mit ihnen zusammen gewesen war. Daß G.W. das ANR--Mitglied Küssel verletzt haben sollte, wurde von diesen klar verneint.

So weit - so gut! Chancen - ein besseres Wort dafür läßt sich nicht finden - für einen Freispruch G.W.'s wären vorhanden gewesen. Die Prozeßführung der Verteidigung bewegte sich innerhalb der Logik der bürgerlichen Rechtskriterien, wie alle anderen Prozesse gegen Antifaschisten auch. Die Zeugen der ANR konnten sich an wichtige Punkte in ihren Aussagen gegen G.W. nicht erinnern und verwickelten sich in offene Widersprüche.

Völlig unverständlich ist jedoch die Vorgangsweise des Verteidigers des angeklagten G.W. Dieser nämlich beantragte eine weitere Vertagung des Verfahrens, um den "wirklichen Täter" dem Gericht vorführen zu können. Dies wäre klarerweise die (im bürgerlichen Sinne) beste Entlastung des Angeklagten. Doch um welchen Preis! Ein anderer Antifaschist würde einer sicheren Verurteilung ausgeliefert werden. Er und die Solidarität unter den Antifaschisten würden dabei auf der Strecke bleiben. Sicherlich - die ANR-Faschisten könnten der falschen Zeugenaussage überführt werden. Es geht aber nicht an, den antifaschistischen Kampf durch dubioseste Prozeßmanöver zu ersetzen. Die antifaschistische Bewegung muß sich dagegen entschieden wehren.

Die grundsätzliche Frage, die durch diesen Prozeß aufgeworfen wurde, ist jedoch die der Prozeßführung. Die Ankündigung den "wirklichen Täter" dem Gericht auszuliefern, ist der konsequenteste Ausdruck einer Prozeßführung, die sich einzig und allein an bürgerliche Rechtsnormen orientiert. Sie kann nur als ein Angebot verstanden werden, sich nicht nur der Logik bürgerlichen Rechts unterzuordnen, sondern selbst für deren Durchsetzung zu sorgen.

Dieser Prozeß sollte und müßte der Anlaß für eine breitere Auseinandersetzung und Diskussion sein über die Kriminalisierung der fortschrittlichen Kräfte und der sich daraus ergebenden Fragen wie der Prozeßführung, der Bedeutung politischer Prozesse sowie politisch geführter Prozesse etc., auch wenn wir annehmen, daß der Verteidiger im Alleingang die Auslieferung des "wirklichen Täters" ankündigte.

Der Prozeß gegen G.W. wurde vertagt. Vertagen wir nicht die darüber notwendige Diskussion!

Leserbrief

An die PR-Redaktion

Ich stimme im grossen und ganzen den Ausführungen des Genossen B.in dem Artikel "Individueller Terror und politische Unterdrückung" in Eurer Sondernummer 3 zu. Dennoch halte ich die Passage, in der B. auf die Aktion der Palästinenser in Mogadischu eingeht, für äusserst bedenklich. Ich will das kurz begründen: Bekanntlich gilt für Marxisten der Grundsatz "Der Zweck heiligt die Mittel" (in diesem Zusammenhang ist die Broschüre von Trotzki "Ihre Moral und unsere" ausserordentlich lehrreich). So kann man die Frage, ob es mit der revolutionären Moral verträglich ist, Unbeteiligte als Geisel zu nehmen nicht mit einem generellen Ja oder Nein beantworten. Zum Beispiel wurde von Trotzki selbst ein Dekret erlassen, das die Erschiessung der Frauen und Kinder (!) derjenigen Offiziere verlangte, die die Rote Armee verraten hatten. Da hier das Schicksal einer ganzen Klasse, wenn nicht gar des gesamten Weltproletariats auf dem Spiel stand, war die Liquidierung von Geiseln das kleinere Übel. Anders sah es doch nun bei den Aktionen der Palästinenser aus, hier ging es überhaupt nicht um Gedeih und Verderb der palästin. Revolution bzw. der deutschen Revolution, sondern lediglich sollte eine Anzahl von RAF-Genossen im Tausch mit (für deren Einkerkerung) unschuldigen Geiseln befreit werden. Ich empfinde das schon als einen eigenartigen "Antiimperialismus", der das Leben von polit. Gefangenen offensichtlich höher einschätzt, als das von harmlosen Urlaubern oder dem Flugzeugkapitän, und deren Erschiessung androht bzw. vollführt, falls der imperialistische Staat seine Forderungen nach Freilassung nicht erfüllt. Kurzum: Dieser Zweck heiligt hier nicht das Mittel der Geiselnahme und -tötung. Mir ist auch keineswegs begreiflich, wie denn nun der Gen. B. einen positiven Beitrag gegen den hiesigen Chauvinismus innerhalb der Arbeiterklasse leisten will, wenn er die Erschiessung eines unbeteiligten Piloten, nur um polit. Gefangene freizukämpfen, als "antiimperialistisch" verteidigt, so schafft man bestimmt keine Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Ausserdem ist zu beachten, dass dem verlogenen "Argument": "Der Terror richtet sich gegen uns alle" durch Mogadischu leider eine reale Basis gegeben wurde. So gesehen, ist auch nicht ein Körnchen Chauvinismus enthalten, wenn man als Kommunist von den Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" fordert, derartige Anschläge zukünftig zu unterlassen (das Nicht-Einmischungs-Prinzip, von den Stalinisten zur Aufrechterhaltung des Status Quo erfunden, ist nun wirklich für einen Marxisten unwürdig).Auf der anderen Seite ist es richtig, dem Imperialismus (Zionismus) die Hauptverantwortung zu überlassen, dass mutige Kämpfer, wie die in Mogadischu, nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden konnten und zum Mittel des wahllosen Terrors griffen. Es ist also unsere Aufgabe, auch diese Kämpfer gegenüber dem bürgerlichen Staat zu verteidigen. Alleine der proletarischen Klassenjustiz ist das Recht zuzubilligen, diese Akteure zu verurteilen oder freizusprechen. Da das heute offensichtlich nicht möglich ist, ist die Parole "Freiheit für alle politischen Gefangenen" auch auf den wahllosen Terror angewandt das kleinere Übel. Mit einem Wort: Nicht die Schuld (?) des Proletariats in den imperialistischen Staaten, nicht die Zugehörigkeit der Akteure zur "Dritten Welt" (recht merkwürdige Begründung) und erst recht nicht der "antiimperialistische" Charakter der Erschiessung eines unbeteiligten Piloten rechtfertigen die Verteidigung der Mogadischu-Attentäter gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern allein die Tatsache, dass es dem grössten Terroristen aller Zeiten: dem Imperialismus wohl kaum zukommt, über Aktionen zu urteilen, die er selbst provoziert hat.

Mit kommunistischem Gruss
Peter, Westberlin



ANTWORT DER REDAKTION:

Der Genosse hat recht, wenn er schreibt, dass Fragen der Geiselnahme bzw. der Erschiessung von Geiseln nicht vom abstrakt-moralischen Standpunkt aus betrachtet werden können, sondern einzig von dem der proletarischen Klasseninteressen.
Das Regime der Diktatur des Proletariats wird - wenn es nötig ist - eine umfassende und totale Unterdrückung der Konterrevolution vornehmen und dabei auch nicht vor den oben erwähnten Massnahmen zurückschrecken. Es war doch bezeichnend, wie der kleinbürgerliche Moralismus vor dem revolutionären Terror der jungen Sowjetmacht zurückschreckte, der seinen 'paradiesischen' Vorstellungen abträglich war. Nebenbei bemerkt, fand man viele der Figuren, die über den revolutionären Terror so erschraken, in den "Volksfronten" der dreissiger Jahre wieder, in denen der konterrevolutionäre Terror des Stalinismus in der Sowjetunion und in Spanien wütete.
Der Fehler des Genossen besteht aber darin, dass er die Aktionen der Palästinenser relativ abstrakt betrachtet. Es handelt sich eben nicht um eine kommunistische Partei, die Fehler macht, sondern um Verzweifelte, die in ihrer scheinbaren oder wirklichen (von den unmittelbaren Möglichkeiten her gesehen) Ausweglosigkeit Massnahmen setzen, die natürlich im Falle einer revolutionären Partei schärfstens zu kritisieren wären. Natürlich - wo es möglich ist, müsste mit diesen Kämpfern mit dem Ziel diskutiert werden, dass sie ihre Aktionen, die sie in die Isolierung führen (auch wenn sie kurzfristig von den unterdrückten Massen bejubelt und verehrt werden), einstellen. Eine solche Diskussion kann aber nur dann erfolgreich abgeschlossen werden, wenn die kämpferischen Elemente der Palästinenser und der arabischen Massen die Methode der Permanenten Revolution anerkennen und in die politische Praxis umsetzen.
Uns erscheint es aber wichtig, dass ungeachtet dieser notwendigen Diskussion die Kämpfer gegen die Bourgeoisie und auch gegen die chauvinistische Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse verteidigt werden müssen. Selbst wenn Flugzeuge entführt werden, in denen harmlose Urlauber sitzen, ist es die Pflicht der Marxisten, die Arbeiter auf die Grundlagen und Ursachen solcher Aktionen hinzuweisen, die eben auch darin liegen, dass die europäische Arbeiterklasse in ihrer grossen Mehrheit ihre Pflicht gegenüber den unterdrückten Massen seit Jahrzehnten nicht wahrnimmt (die Gründe dafür sind natürlich nicht in der 'Bosheit' des einzelnen Arbeiters zu sehen). Die Palästinenser würden angesichts einer europäischen Arbeiterklasse, die ihre Kämpfe solidarisch unterstützt, sehr wohl genau zu unterscheiden wissen, wer Feind und wer Freund ist. Der furchtbare Chauvinismus - von den Reformisten kräftig genährt - hat für diese Menschen eben sehr oft die bestehenden Klassenunterschiede verwischt. Wir wissen, dass diese Klassenunterschiede bestehen und wirksam sind, aber es wäre fatal und arrogant, unser Wissen zum Kriterium der Solidarität zu machen. Wir glauben also, dass es notwendig ist, die besondere Situation - z.B. eben der Palästinenser - zu beachten, wenn wir derartige Aktionen beurteilen. Abstrakt gesehen ist es natürlich keine "antiimperialistische Tat," den Piloten eines Verkehrsflugzeuges zu erschiessen. Aber das Kommando, welches ein Flugzeug entführt, besteht aus Menschen, die zu allem entschlossen sind, um gegen die Unterdrückung ihres Volkes zu kämpfen. Es wäre ein seltsamer Marxismus,der den Verzweiflungs- und Wutschrei eines unterdrückten Volkes, welches seit Jahrzehnten systematisch zusammengeschossen wird, etwa mit jenen Kriterien beurteilt, mit denen er an die Politik einer Organisation in Europa herangeht!

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o. -
Einzelpreis: S 5. -

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/65. 1o2o Wien.

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

VOM 16. BIS 19. NOVEMBER:

Bahro-Kongreß in West-Berlin

Warum dieser Kongress?

Die verschiedenen Ansätze sozialistischer Opposition in Osteuropa sind von der westlichen Linken zuwenig beachtet und einbezogen worden. Einen wichtigen Anfang des Dialoges zwischen den west- und osteuropäischen Oppositionellen bildete die Tagung in Venedig (15.11.1977 "Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften") wie auch die Brüsseler Konferenz vom Januar dieses Jahres.

Diese Initiative wurde allerdings in der BRD von den bestehenden Parteien wie Organisationen der Linken nicht aufgegriffen, schon gar nicht von der DKP.

Seit dem Ende der Ära des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik ist zwar das Interesse an den osteuropäischen Gesellschaften gewachsen, und auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit sind die Informationen über sie breiter geworden. Was aber politische Aufgabe der Linken gewesen wäre, nämlich eine gesamtgesellschaftliche Analyse, die über Einzeleinschätzungen hinaus bis zur konkreten praktischen Ebene gelangt, ist bisher nicht geleistet worden.

Dass die osteuropäische Opposition bei der Linken in der Bundesrepublik oft auf Unverständnis stiess, ist elementar mit ihrer eigenen Geschichte verknüpft: Einerseits kristallisierte sich hier erst im Gefolge der Studentenbewegung eine unabhängige marxistische Linke heraus, die als gesellschaftliche Kraft auch erkennbar wurde. Andererseits bestand unter den besonderen Bedingungen des Antikommunismus in der BRD allein schon die ungeheure Schwierigkeit, die Diskussion über die DDR vorurteilslos zu führen - im negativen wie im positiven Sinne. Mit dem Wiedererwachen einer sozialistischen Opposition in Osteuropa, beginnend mit dem Prager Frühling, hat sich diese Situation schrittweise verändert. Im Zusammenhang mit der Studentenbewegung im Westen, besonders in Frankreich, lösten die Ereignisse in Prag 1968 unmittelbare Betroffenheit und Interesse aus. In den Jahren nach ihrem vorläufigen Scheitern schien die Bewegung jedoch zum Modell erstarrt, an dem entlang die positive oder negative Abgrenzung verlief. - Inzwischen hat sich allerdings gezeigt, dass die Prager Systemkrise doch eine fundamentale und langfristige Wirkung hatte. Denn nicht nur setzte der Prozess der Neuorientierung innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Parteien mit 1968 ein, auch in Osteuropa treten seit einigen Jahren verstärkt sozialistische Oppositionelle in Erscheinung, die sich alle - einschliesslich Rudolf Bahro - mehr oder weniger auf den Prager Frühling berufen.

Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" bedeutet eine neue Qualität und einen neuen Ansatz in der linken Opposition aller osteuropäischen Länder. Er unterwirft die Gesellschaften des real existierenden Sozialismus einer systematischen Analyse mit marxistischen Kategorien, d.h. er stellt die Phänomene in einen gesamtgesellschaftlichen, historischen und strukturellen Zusammenhang und entwickelt aus dieser Analyse sein Konzept einer Alternative.

Damit beweist er bei allen Brüchen und Widersprüchen, die sein Buch im einzelnen enthält, die Fruchtbarkeit der historisch-materialistischen Methode und macht den Sozialismus wieder zur "konkreten Denkbarkeit".

Indem diese sozialistische Alternative für ihn weit mehr bedeutet als nur die Aufhebung bzw. die Verstaatlichung von Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern die umfassende Emanzipation aller Individuen, die Aufhebung aller durch hierarchische Arbeitsteilung erzeugten Herrschaftsstrukturen, sind seine Vorstellungen in gleichem Masse für die Bestimmung der sozialistischen Alternative im Westen von grösster Bedeutung. Gerade darin, dass Bahro über die moralische Verurteilung der Systeme des real existierenden Sozialismus hinausgeht, ihre Entstehung erklärt, die Wege zu ihrer Überwindung aufzeigt und dabei weitgehend die westliche Diskussion miteinbezieht, unterscheidet er sich grundlegend von den bisher vorhandenen oppositionellen Ansätzen in der DDR seit dem 2. Weltkrieg.

Die Thesen Bahros stellen die vorläufig grösste Herausforderung an die DDR-Bürokratie innerhalb der wiedererwachenden sozialistischen Opposition dar. Der Versuch, die wachsenden Widersprüche im *eigenen Land mit der Ausbürgerung von* linken Kritikern zu lösen, zeigt nur, wie sehr die DDR-Führung um den Verlust ihrer Legitimität fürchtet. Aber immer mehr dieser Ausgebürgerten und Ausgewanderten begreifen sich auch hier im Westen als Teil der linken Bewegung und werden - wie in Frankreich und Italien - zu wichtigen Gesprächspartnern der sozialistischen und kommunistischen Parteien.

Diese Chance, sozialistische Opposition für die westliche Strategiediskussion fruchtbar zu machen und die "konkrete Denkbarkeit" von Bahros Alternative zu einem Zeitpunkt, da die meisten westeuropäischen sozialistischen und kommunistischen Parteien ihr Verhältnis zum real existierenden Sozialismus neu zu bestimmen suchen, macht uns - vielleicht erstmals seit 68 wieder - zu unmittelbar Betroffenen.

Wir wollen dem Rechnung tragen, indem wir die Initiative ergreifen, vor dem Hintergrund von Bahros Buch "Die Alternative" in einem internationalen Kongress den Diskussionsprozess auch in der BRD einzuleiten.

Wir laden dazu Vertreter aller Strömungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung ein, von den sozialdemokratischen und eurokommunistischen Parteien bis zu den verschiedenen Strömungen der neuen Linken, die sich theoretisch und praktisch um die Strategie einer sozialistischen Alternative bemühen. Ebenso laden wir die Emigranten der verschiedenen osteuropäischen Länder, besonders der DDR und CSSR, ein.

Der Kongress sollte sowohl die Gelegenheit bieten, die verschiedenen Positionen und Einschätzungen zum real existierenden Sozialismus selbst darzustellen, als auch in Auseinandersetzung mit den Thesen Bahros und auf dem Hintergrund der konkreten praktischen Erfahrungen, die politischen Vorstellungen kontrovers zu diskutieren.

Nach unserem vorläufigen Konzept gliedert sich der Kongress wie folgt:

1) Drei zentrale Podiumsdiskussionen, die im Sinne öffentlichkeitswirksamer Grossveranstaltungen gedacht sind.

2) In Anlehnung an die Thematik der Podiumsdiskussionen sind vorläufig 9 Arbeitsgruppen konzipiert, die den Kongressteilnehmern die Möglichkeit zu intensiver Diskussion und Auseinandersetzung bieten sollen und die mit schriftlichen Beiträgen vorbereitet werden.

3) Für den 3. Tag sind 2 Plenas vorgesehen, die den Teilnehmern des Kongresses die Gelegenheit bieten sollen, verschiedene übergreifende Fragestellungen kontrovers zu diskutieren. Wir hielten es für sinnvoll, wenn die Plenardiskussionen ähnlich wie die Arbeitsgruppen durch Thesenpapiere, die von verschiedenen Positionen aus argumentieren, vorbereitet werden.

4) Der Kongress findet seinen Abschluss in einer öffentlichen Kundgebung unter freiem Himmel an einer zentralen Stelle in Berlin, über deren inhaltliche Gestaltung nach Möglichkeit der Kongress einen Konsens herstellen sollte. (Verlesen von Solidaritätsresolutionen etc.)

Westberlin, Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro